

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfanter & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanstalt für Inserate Nr. 6268, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6265. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag. Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 15. bis 22. Februar 1,00 Mark, Abholer 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 20 Pfennig, auswärts 2 Pfennig. Familienanzeigen und Stellenanzeigen 12 1/2 Pfennig, dreispaltige 30 Pfennig, die dreispaltige 60 Millimeter breite Reklamazeile kostet 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 41.

Magdeburg, Mittwoch den 18. Februar 1925.

36. Jahrgang.

Ausflüchte und Ablehnungen.

Die mit großer Spannung erwartete Denkschrift der Reichsregierung „Ueber die Reparationslasten und Schäden der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rhein-gebiets und ihrer Erstattung durch das Reich“ ist endlich erschienen. Sie war die Spannung, die man ihr entgegenbrachte, nicht wert. Das stattliche Kompendium von 26 Seiten Text und 48 Seiten Anlagen enthält

fast nichts von den Auskünften,

die die breite Öffentlichkeit von der Regierung gefordert hat, sondern lediglich eine Darstellung der unmittelbar durch die Beibehaltung und die Wiederaufbaukosten entstandenen Nachteile, ohne auch nur ein Wort der Indentung, in welcher Weise die Schwerindustrie bereits früher durch die ungeheuren Papiermarkkredite während der schärfsten Inflation, durch Steuerstundungen und Nachlässe sowie durch behördlich bewilligte Preisüberbückung entschädigt worden ist. In außerordentlich geschickter Weise hat sich die Regierungsdienstschrift darauf beschränkt, die effektiven Ruhrschäden während des passiven Widerstandes und der späteren Besetzungsperiode zu erfassen und dem gegenüberzustellen, was unter dem Titel „Entschädigungen“ ohne Bewilligung des Reichstags und unter Umgehung der parlamentarischen Rechte des Volkes gegeben worden ist. So ist die Entschädigung der geleisteten Entschädigungen verhältnismäßig gering und deckt sich ungefähr mit den in den letzten Tagen vielgenannten Zahlen. Sie beträgt nach der Gesamtaufstellung 706,4 Millionen Goldmark. Dabei wird berechnet, daß das Reich

nach sehr wesentliche „Ersparnisse“

gegenüber den tatsächlich eingerechneten Schadensberechnungen gemacht haben soll. Allein bei der Entschädigung des Ruhrkohlenbergbaues beläuft sich diese „Ersparnis“ auf 171,7 Millionen Goldmark. Ähnliche „Ersparnisse“ finden sich unter den übrigen Positionen der Entschädigungsnachweise.

Erstaunlich ist bei alledem, daß trotz der geschickten Prüfung der Berechnung einige sehr erhebliche Quellen der Bereicherung für die Schwerindustrie erkennbar werden. In sich ist das kein Wunder. Der Reichswirtschaftsminister mußte in einem als Anlage wiedergegebenen Schreiben vom 12. Dezember 1924 zugeben, daß gegen die Aufstellungen der Kostenabteilung des Bergbauvereins Einwendungen ebenfalls nicht auf Grund genauer Kenntnis der Herstellungskosten des Ruhrbergbaues, sondern lediglich auf Grund von Schätzungen gemacht werden konnten. Schon das läßt auf die Möglichkeit schließen, daß der Ruhrbergbau seine

Schäden recht willkürlich angeben

durfte, ohne daß eine stichhaltige Nachprüfung möglich gewesen wäre. Auf Grund derartiger vager Schätzungen setzte man dann die in viele Hunderte von Millionen gehenden Entschädigungsbeträge fest, und es wäre bei der Kalkulationstechnik der Schwerindustrie wirklich ein Wunder, wenn sie dabei nicht schief gefahren wäre.

Die Denkschrift umfaßt die Entschädigungsleistungen für folgende Arten von Schäden: die durch die Gewalt erbrachten Reparationsleistungen, die durch Wiederaufbaukosten, die durch die privaten Regieschäden und Stilllegungsschäden und endlich die Schäden nach dem sogenannten Sonderverfahren. Unter die letzteren fallen insbesondere die durch Verkehrs- und Betriebsstilllegung der Besatzungsbehörden entstandenen Verluste, sowie diejenigen, die durch Strafmaßnahmen und Wegnahme von Geldbeständen verursacht wurden. Schon aus der Art dieser Zusammenstellung erkennt man, daß man jeden Knüttel, den die Schadenrechnungen erwecken konnten, zu beiseite juchte, indem man lediglich solche Schäden aufstellte, deren Ersatz grundsätzlich von jedermann als berechtigt empfunden werden muß. Es fragt sich nur, ob nicht ein solcher Ersatz schon

bereits erfolgt ist

und in welcher Form das geschah.

Sieht man sich z. B. in der Spezialaufstellung, die für den Ruhrkohlenbergbau gemacht ist, den Ersatz der Kohlenlieferungen an die Entente näher an, so findet man, daß für diesen Zweck 269,2 Millionen Rentenmark für insgesamt 14,6 Millionen Tonnen ausgegeben worden sind. Demnach zahlte man pro Tonne der an die Entente gelieferten Kohle 18,43 Goldmark. Das ist ein sehr erheblicher Betrag, wenn man sich daran erinnert, daß heute die Tonne Zettförderschwale ab Zeche 15 Goldmark beträgt. Man kann also annehmen, daß hier der volle Verkaufswert erstattet worden ist. Wenn es also an anderer Stelle heißt, daß ein

entgangener Gewinn

nicht vergütet wurde, so spricht das erwähnte Beispiel dagegen. Noch deutlicher tritt das hervor bei der Vergütung der Lieferungen von Kohlennebenprodukten. Hier ist der Betrag von 6,8 Millionen Reichsmark nach den amtlichen Preisen ermittelt worden. Man wird doch nicht behaupten wollen, daß die amtlich festgesetzten Preise keinen Gewinn enthielten.

Die laufende Kohlensteuer wurde den Zechenbesitzern voll vergütet. Ebenso die 18,3 Millionen Dollar, die auf Grund der Wiederverträge an „rückliegender Kohlensteuer“ aufzuwenden waren. Rechnet man nun die erstatteten Beträge zusammen, mit den auf die bereits gefordert angerechnete Naturalentschädigung, so ergibt sich, daß der Bergbau 76,86 Millionen Goldmark an Kohlensteuer zu zahlen gehabt, dagegen 85,1 Millionen Goldmark an Entschädigungen erhalten hat. Bereits aus Reichsmitteln sind hier also

82 Millionen Goldmark mehr

als Ersatz geleistet worden, als Schaden entstanden war. Dabei ist aber ein noch nicht berücksichtigt. In den Kohlenpreissetzungen, die im ersten Halbjahr 1924 erfolgten, war ein erheblicher Betrag enthalten, der ausdrücklich zur Abgeltung der Wiederverträge bestimmt war. Es läßt sich nicht feststellen, ein wie großer Teil der Wiederverträge mit diesem Preiszuschlag tatsächlich abgegolten ist. Tatsache ist jedoch, daß bei der Entschädigungsleistung an den Bergbau dieser Ueberpreis, der von den Verbrauchern an den Bergbau als Wiedervertrag gezahlt wurde, keine Berücksichtigung gefunden hat.

Geradezu erstaunlich ist das Vorgehen bei der Festsetzung der Entschädigung für die

Kohlenfinanzierungskredite.

Das Reich hatte nach dem Kohlenfinanzvertrage die Verpflichtung übernommen, die auf den Zechen beschlagnahmte Kohle zu erstaten. Zu diesem Zwecke hatte es zunächst einen werbeständigen Kredit auf der Grundlage der Kohlenpreise gewährt. Das ist der sogenannte Kohlenfinanzkredit, dessen Höhe in der Denkschrift auf 44,78 Millionen Reichsmark beziffert wird. Bei der Abdeckung des Kredits wurde nun nicht etwa der Gestehungspreis vergütet oder derjenige Preis, den das Kohlenyndikat auf dem freien Markte hätte erzielen können, sondern der Preis, den die Kohle zur Zeit der Kreditabdeckung hatte. Rechnet man nach, so erhält man einen Preis von 13,15 Goldmark pro Tonne, der angerechnet worden ist. Gefördert aber wurde die Kohle bereits im Jahre 1923 mit Gestehungskosten, die in Papiermark entstanden, also bei den

Hungerlöhnen der Inflation

geradezu lächerlich gering waren. Hätte damals das Kohlenyndikat die Kohle am freien Markte abgesetzt, so hätte es allein infolge der damals geltenden Zahlungsbedingungen höchstens einen winzigen Teil des Preises erhalten, den das Reich ihm später in Gold vergütet hat.

Das sind nur einige Stichproben, die mindestens ergeben, daß das Reich bei der Entschädigung der Kohlenbarone und Eisenindustriellen viel weitherziger zu Werke gegangen ist als etwa bei der Abfindung kleiner Gewerbetreibender, bei der Entschädigung der Inflationsoffer und bei der Schadenvergütung für die vom Friedensvertrag schwer getroffenen Auslandsdeutschen.

Die großen und entscheidenden Fragen jedoch läßt die Denkschrift ganz und gar offen. Mit Hilfe der Lohnsicherungen, die die angeblich unproduktiven Kosten der Werke erstatten sollten, sind von vielen Werken gewaltige Erweiterungs- und Vorrichtungsbauten vorgenommen worden. Die Devisenspekulationen, die gegen Ende 1923 die deutsche Öffentlichkeit beschäftigten, wurden mit diesen Papiermarkkrediten zu einem erheblichen Teile finanziert. Hier sind, wenn man den erzielten Gewinn in Goldmark berechnen würde, vielen Schwerindustriellen geradezu gewaltige Summen zugesprochen. Diese Summen mußten aber gegen die Ruhrschäden aufgerechnet werden. Das ist aber nicht geschehen! —

Augenügend.

Zu der Denkschrift der Reichsregierung über die Ruhrkredite schreibt die „Bosische Zeitung“:

Es ist der Regierung offenbar nicht leicht geworden, das seit Jahren angeammelte Material über die Verpflichtung der Ruhrschäden der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Sie

hat es darauf ankommen lassen, daß im Haushaltsauschuß die Kosten entbedet wurden, und dann hat es noch Wochen gedauert, ehe sie sich zur Herausgabe der Einzelheiten entschloß.

Treffend bemerkt die „Germania“:

Was lange währt wird nicht immer gut. Das zeigt die endlich veröffentlichte Denkschrift, in der mit reichlichem Effektivismus ein Aktienmaterial zusammengetragen wurde, das nur den Fehler hat, daß es nicht lückenlos ist. Das führende Organ des Zentrums wirft die Frage auf: „Läßt sich rechtlich, staatsrechtlich und etatsrechtlich vertreten, wie die Regierung diese Entschädigungen gewährt hat? Um sofort die Antwort zu geben: diese Frage muß man nach eifrigem Studium der Denkschrift verneinen.“

Das Stinnesorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ besitzt die Unverfrorenheit, am Schlusse einer Verteidigung des finanziellen Kuhhandels zwischen Ruhrindustriellen und Reichsregierung zu erklären:

Ein Skandal ist es allerdings, aber nur in dem Sinne, daß die Ruhrindustriellen es sich herausnehmen dürfen, zum Schaden des Deutschen Reiches nachträglich solche kühnen Dolchstoß gegen die stillen, treuen Verteidiger und Bewahrer des Ruhrgebets — Unternehmer wie Arbeitervertreter — zu führen. Erstaunlich ist es, wie bereitwillig die durch die Vorkriegsaffäre so übel beleumdete Ueber des Geschreis Gehör gefunden haben bei manchen sonst ganz ehrbaren und barmhertigen Deutschen.

Für die „Zeit“, das Sprachrohr Stresemanns, erübrigt sich die Denkschrift überhaupt. Den Beweis, daß es sich bei der gezahlten Entschädigung und bei dem noch ausstehenden Rest tatsächlich um die Uebernahme von Reparationslasten des Reiches handelt, die in einer schweren finanziellen Notlage des Reiches von der Privatwirtschaft auf die eignen Schultern genommen wurden, hätte man nicht erst zu erbringen brauchen: Dieses Verfahren werde jeder Kritik auch der des Reichstags, standhalten. —

Mary und Severing.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Am Mittwoch nachmittag wird sich die Regierung Mary im Preussischen Landtag vorstellen. Ihr gehört von der Sozialdemokratie Karl Severing an, der in Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion weiterhin das Innenministerium verwaltet.

Es verlohnt sich eigentlich nicht, noch einmal darauf zu verweisen, daß auch die sozialdemokratische Fraktion lieber fünf als einen Minister aus ihren Reihen in der neuen Regierung gesehen hätte. Aber so einfach lagen die Verhältnisse nicht. Die Entscheidung der Fraktion ist überhaupt nur mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage zu verstehen. Sie erblickte in erster Linie ihre Aufgabe darin, eine Rechtsregierung in Preußen so lange als möglich zu verhindern. Eine Rechtsregierung in Preußen würde eine Unterstützung des jetzt im Reich betriebenen Kurzes bedeuten haben. Der Beschluß der preussischen Fraktion, der vorläufig die Wiederholung des Experiments Luther in Preußen verhindert, bedeutet also praktisch eine gewisse Unterstützung der von der Reichstagsfraktion betriebenen Opposition. Seien wir uns doch klar darüber, daß nur eine preussische Regierung mit einem ehrlichen republikanischen Kurs — und das ist die Regierung Mary — in der Lage ist, gegen die Steuer-, Finanz- und Zollpolitik der Reichsregierung ein Gegengewicht zu bilden. Das ist einer der wichtigsten Gründe, der unsre Preussenfraktion veranlaßt hat, der Regierung Mary ihre Unterstützung zu leihen, obwohl unsrer zahlenmäßigen Stärke im Parlament nicht entsprochen worden ist.

Der sozialdemokratische Einfluß dürfte im allgemeinen trotzdem gewahrt bleiben. Das hat Dr. Mary ausdrücklich anerkannt, indem er sich bereit erklärte, die Voraussetzungen der Sozialdemokratie für den Fall einer Beteiligung an seiner Regierung, wie sie jetzt erfolgt, anzuerkennen. Diese Voraussetzungen betreffen u. a. auch das Gebiet der preussischen Personalpolitik. So soll z. B. die Sozialdemokratie in stärkerer Maße als es bisher geschehen ist, an den höchsten Beamtenstellen der Ministerien beteiligt werden. Statt Abbau der sozialdemokratischen Beamten, wie er unter einer Rechtsregierung zweifellos erfolgen würde, ist also eine Verstärkung unsers Einflusses in den politischen Ministerien vorgesehen.

Nicht zuletzt aber hat die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten, die voraussichtlich im April ausgeschrieben und Anfang Mai stattfinden wird, den Be-

Inhalt der sozialdemokratischen Fraktion im gewissen Sinne beeinflusst. Das Vorgehen zu dieser Wahl ist in vollem Gange. Täglich werden gegen die Sozialdemokratie die schlimmsten Verleumdungen losgelassen. Was würde erst werden, wenn in den kommenden Monaten neben einer Reichsregierung im Reich, in Bayern und Württemberg auch in Preußen noch ein Kabinett ähnlichen Charakters am Ruder wäre und die Wahlagitation in seinem Sinne beeinflusst würde? Die Präsidentenwahl wäre für die Republik von vornherein verloren, und das durch unsere Schuld. Wir aber wollen den Schutz der Republik, und dieser Schutz erfordert im Augenblick die Beteiligung der Sozialdemokratie an der preussischen Regierung.

Ein Schreiben an Marx.

Das von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an den Ministerpräsidenten Marx gerichtete Schreiben über die Stellung der Fraktion zu der Anregung der Bildung eines „Kabinetts der Volksgemeinschaft“ hat folgenden Wortlaut:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Die uns gefandene Antwort der Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei auf die Frage nach einer Möglichkeit der Beteiligung an der Regierung der Volksgemeinschaft veranlaßt uns zu folgenden Bemerkungen:

Die Deutschnationalen Volkspartei befindet sich grundständig zur Volksgemeinschaft, wenn diese verstanden wird als Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehender Volksträfte. Nach der Höhe wie uns bekannten Terminologie der Deutschnationalen Volkspartei, welche die Sozialdemokratie weder als christlich noch als national anerkennt, bedeutet das die Ablehnung jeder Idee der Volksgemeinschaft, welche die Sozialdemokratische Partei mit umschließt. Das Antwortschreiben der Deutschnationalen Volkspartei entwickelt dann in der Einleitung und den vier Absätzen gewisse Ideen über die Politik einer Volksgemeinschaftsregierung. Für uns sind Regierungsformationen wie eine Ideen- oder Gesinnungsgemeinschaft gewesen. Und, soweit wir es verstehen, ist für die Partei des Zentrums die Lage die gleiche. Wir haben stets nur Regierungsformationen ausgeführt als beschränkte Arbeitsgemeinschaften zur Erreichung bestimmter praktischer Ziele. In diesem Sinne haben wir uns zur Erörterung von Ihren Vorschlägen bereit erklärt. Das Schreiben der Deutschnationalen Volkspartei vom 18. Februar enthält derartige praktische Vorschläge nicht, sondern nur einige allgemeine Bemerkungen, über die grundlos verhandelt werden könnte, ohne daß die praktische Frage der Regierungsbildung auch nur einen Schritt vorwärts läme.

Die Fragen, welche für das Regierungsprogramm in erster Reihe zu klären sind, sind die praktischen Gesetzgebungs- und Verwaltungsaufgaben, die an die preussische Regierung in den nächsten Monaten heranzutreten werden. Es wäre weiter zu erörtern, wie der Fehlbeitrag im Staatshaushalt zu beseitigen ist, wie insbesondere in Verbindung mit den Fragen der Grundsteuer und Wirtschaftszwecker der Schutz der wirtschaftlich Schwächeren sicherzustellen ist. Darüber hinaus wäre festzulegen, inwieweit die Fürsorge des Staates für alle Hilfsbedürftigen ausgebaut und die Fortentwicklung auf kulturellem Gebiet gefördert werden könnte. Es wären Vereinbarungen zu treffen über die Fortsetzung der neuen Städte- und Landgemeinderandung, die Ausbreitung republikanischen Geistes in der Verwaltung und den Schutz der republikanischen Verfassung gegenüber den Elementen, die das Volk in den Bürgerkrieg zu treiben suchen.

Das Schreiben der Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei vom 18. Februar enthält demnach zwar nicht die praktischen Vorschläge, zu deren Erörterung wir uns bereit erklären, wohl aber eine grundsätzliche Ablehnung des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Unter diesen Umständen hält die sozialdemokratische Fraktion des Landtags weitere Verhandlungen über die Bildung einer Volksgemeinschaftsregierung für völlig aussichtslos.

Zum Schluß wird mitgeteilt, „daß die sozialdemokratische Fraktion den Beschluß gefaßt hat, sich an dem von Ihnen zu bildenden Kabinett mit Herrn Seevering als einzigen sozialdemokratischen Minister trotz schwerer Bedenken wegen dieser nicht ausreichenden Vertretung zu beteiligen“.

Schmierige Helfershelfer.

Die Front der deutschnationalen Reichspräsidentenkürzer wird täglich schmiereriger. Der Augsburger Architekt G. Thurn, der der Vermittler zwischen den deutschnationalen Verleumdern des Reichspräsidenten und dem Zucht-häusler Sidor Kreil war und die dieser Tage in der Presse veröffentlichten Briefe an Kreil geschrieben hatte, ist bei einem Teile der Wölkischen im Vorjahr in Ungnade gefallen, weil er damals im innern Streite dieser Bewegung sich auf die Seite der Gegner des Wölkischen Bloßes geschlagen hatte. Daraufhin erschien in der Ausgabe des „Wölkischen Kuriers“ (München) vom 18. Juli 1924 folgende

Warnung.

Wir warnen sämtliche Gönner unserer Bewegung vor einem gewissen Architekten Thurn, wohnhaft in Augsburg, Carolinenstraße, der angeblich in unserm Auftrag Gelder für die Bewegung sammelte und womöglich noch sammelt. Thurn war Mitglied der ehemaligen N. S. A. P. (Nationalsozialistische Arbeiterpartei) und wurde schon vor längerer Zeit von der wölkischen Bewegung ausgeschlossen. Nach seiner Angabe hat er auch bereits beträchtliche Gelder für die Bewegung erhalten, die er aber auf mehrmalige Aufforderung nicht eingeliefert hat. Wir werden gegen ihn mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen.

Aus diesem Vorgehen „mit allen Mitteln“ scheint aber nicht abzublitzeln geworden zu sein, denn Thurn spielte nach wie vor in der wölkischen Bewegung eine gewisse Rolle und stand, wie aus seinem in der Presse veröffentlichten Brief an Kreil (datiert 18. Januar 1925) hervorgeht, zu dieser Zeit noch mit dem Oberamtmann Dr. Frank in Augsburg, dem Spitzenkandidaten der Großdeutschen Volksgemeinschaft bei den Dezemberwahlen, in Verbindung. Dr. Frank aber geniest nach einem Wahlschlugblatt seiner Partei „das Vertrauen Adolf Gillers“.

Beträchtliche Parteigelder sammeln und nicht abliefern, was auf gut deutsch Untertischlaugung heißt, scheint also im deutschnational-wölkischen Sumpfe nicht zu den Todsünden zu zählen. Mindestens wird Absolution erteilt, wenn man sich hinterher an Lumpereien gegen den Reichspräsidenten und andern Sozialdemokraten in öffentlichen Aemtern beteiligt.

Die Quellen der Hegepresse.

Die Hegepresse setzt ihre Hege gegen die Sozialdemokratie eifrig fort. Sie stützt sich dabei auf Informationen der Berliner Staatsanwaltschaft. In welcher geradezu gemeiner Art der Kampf gegen die Sozialdemokratie oder einzelne ihrer Angehörigen geführt wird, ergibt sich u. a. aus dem „Berliner Lokalanzeiger“. Er weiß am Montag Abend zu berichten, daß in der Angelegenheit des Polizeipräsidenten Richter durch die Staatsanwaltschaft bereits eine ganze Reihe von Personen vernommen worden sind, die mit Richter in Verbindung gestanden haben. Aber darüber, was diese Vernehmungen ergeben haben, meldet der „Lokalanzeiger“ nichts, weil wesentliches nicht dabei herausgekommen ist. Warum aber werden die Namen der vernommenen Personen veröffentlicht? Nur, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob gegen Richter wesentliche Anschuldigungen berechtigt sind. Wer aber hat den „Lokalanzeiger“ in die Lage versetzt, den Anschein der Verdächtigung zu ermöglichen? Ein Strafantrag bringt Licht in dieses Dunkel. Der Verteidiger des in die Antiser-Untersuchung hineingezogenen Justizrats Berthauer, Justizrat Dr. Loewenstein, hat Strafantrag gegen eine Stelle im Justizministerium gestellt, die, entgegen dem Paragraphen 17 des Preßgesetzes antliche Schriftstücke eines Strafprozesses vor der öffentlichen Verhandlung kundgab. In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ wendet sich Justizrat Loewenstein gegen die gegenwärtige Verführung

von der öffentlichen Meinung im Falle seines Klienten durch die Berliner Staatsanwaltschaft. Der in das Verfahren gegen Kästner hineingezogene Berliner Rechtsanwalt Engelberg wird im Laufe des Dienstag gegen eine Kaution von 50 000 Mark freigelassen.

Die braunschweigischen Wahlen.

Neber die am Sonntag im Freistaat Braunschweig vollzogenen Kommunal- und Kreisstadtwahlen liegen immer noch nicht bürftige Meldungen vor, so daß sich ein allgemeiner Vergleich zu vorhergehenden Wahlen noch nicht anstellen läßt. Das Ergebnis in Braunschweig Stadt teilten wir gestern schon mit. Heute liegen noch folgende Ergebnisse vor:

Helmstedt: Bei der Stadtverordnetenwahl wurden abgegeben für die Sozialdemokraten 8014, Kommunisten 424, Sozialdemokrat 448, Unpolitische Liste 1501, Liste Zentrum und Demokraten 1529, Vereinigte Wirtschaftskruppen 2578 Stimmen.

Wolfsenbüttel: Für die Sozialdemokraten 2723, Kommunisten 1063, Bitterliche Einheitsliste 4791, Mittelstandsliste 792 Stimmen.

Blankenburg: Sozialdemokraten 4 Sitze, Kommunisten 1, Sitz, Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5, Mittelstand 4 Sitze und der Rentnerbund 1 Sitz.

Im Landkreis Blankenburg haben die Sozialdemokraten von 11 Kreisratsmitgliedern 6 errungen.

Neber das Wahlergebnis in der Stadt Braunschweig schreibt der „Volksheld“ u. a.:

Als Partei können wir trotzdem mit dem Ausgang der Wahl zufrieden sein, können sogar mit Stolz einen neuen Erfolg buchen, wenn wir die Reichs- und Landtagswahlen zum Vergleich heranziehen. Gestatten an den beiden großen Wahlen des Jahres 1924 ergibt sich nun, daß die Sozialdemokratische Partei, die infolge Inflation, politischer Mitverantwortung an unglücklichen Dingen im Reich usw. bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 ihren Tiefstand erreichte. Der Anteil der Sozialdemokratie an der Gesamtstimmengahl betrug:

- am 4. Mai 1924 28 Prozent,
- am 7. Dezember 1924 35,5 Prozent,
- am 15. Februar 1925 36,3 Prozent.

Die Steigerung um ein knappes Prozent ist nicht viel, aber sie beweist doch, daß es vorwärts geht, trotz Feindeswüten von links und rechts.

Während also die Sozialdemokratie seit der Mainwahl dauernd ihren Anteil an der Stimmengahl steigert, geht die Kommunistische Partei ständig zurück. Am 4. Mai mußte sie in der Stadt 9533 Wähler, am 7. Dezember 5565, am 15. Februar 5076.

Auch die Schwarzweißrotten werden diese Wahl mit sehr gemühten Gefühlen betrachten. Stellen wir wieder die Wahlziffern vom 4. Mai 1924, 7. Dezember 1924 und 15. Februar 1925 zum Vergleich unter sorgfältiger Beachtung der Firmenänderungen der Vorschlagslisten, dann ergibt sich folgender Anteil der Rechtsparteien an der Gesamtstimmengahl:

- am 4. Mai 1924 54,5 Prozent,
- am 7. Dezember 1924 52,6 Prozent,
- am 15. Februar 1925 51 Prozent.

Das Ergebnis von Braunschweig-Stadt zeigt also einen, wenn auch bescheidenen, Erfolg der Sozialdemokratie, während die Ruisch- und Radauparteien sich auf dem Rückmarsch befinden.

Der widerspenstige Abgeordnete.

Der Zentrumsabgeordnete Lange-Hegermann, der zusammen mit Hoelle in der Affäre der Postkredite verwickelt ist, ist am Montag vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Das Ermittlungsverfahren gegen Lange-Hegermann konnte nicht weitergeführt werden, da er sich bisher weigert hat, sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederzulegen. Die Staatsanwaltschaft soll sich am Montag mit möglichen Zentrumsabgeordneten in Verbindung gesetzt haben, damit diese Lange-Hegermann zur Niederlegung seines Mandats veranlassen, wie das im Interesse der völligen Aufklärung der Kreditaffäre unbedingt erforderlich ist.

Die „Germania“ bestätigt, daß die Zentrumsfraktion Lange-Hegermann bereits aufgefordert hat, sein Mandat niederzulegen und bedauert, daß er dieser Aufforderung bisher nicht nachgegeben hat. Die geschäftliche Tätigkeit des Herrn Lange-Hegermann habe die Fraktion vollaus zu dem Wunsche berechtigt, er möge sein Mandat niederlegen. Die bisher unbefristigten Mitteilungen betreffen sich jedoch mit den moralischen Grundsätzen, die jeder Zentrumspolitiker, auch im geschäftlichen Verkehr, beobachten müsse. Die Zentrumswählerschaft erwarte, daß Lange-Hegermann sich nicht länger dem Wunsch der Fraktion entziehe und diese dadurch in die unangenehme Lage bringe, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen.

Kleines Feuilleton.

„Brand im Opernhaus“.

Das den modernen Dichtern zum 18. Jahrhundert Eingeleit, liegt klar zutage: der Untergang einer gesellschaftlichen Oberschicht. Was es damals die Antike war, die ihrem Gerichte entgegenkam, so ist es heute die Bourgeoisie, jener dritte Stand, der über die Trümmer der Adelsherrschaft aus sich gelleitet ist. Wenn der Dichter von einem Brande liest, der 1783 das Pariser Opernhaus während eines Maskenballen einäscherte und tausend unglückliche Drahnen verschlang, dann wird ihm sofort die symbolische Deutbarkeit dieses grauenhaften Ereignisses vor Augen treten. Der plötzliche Tod, der ein Jahr überfällt und die Menschen aus der höchsten Daseinsfreude und Lebensintensität herausreißt, hat immer schon die Künstler zur Darstellung gereizt: man leant das graueisse Hart aus Reichels Tentenzung: die Zeit auf dem Maskenball, die sich als verurteilte Konterzeile einschleichen hat und nun mit einem Male in ihrer wahren Gestalt ihre Opfer aus dem Himmel herabschallt. Für den Dramatiker war über diesen Gegenstand von Tod und Leben hinaus noch etwas anderes wertvoll: das ein soich elementares Ereignis, das die Menschen zwingt, das nackte Leben zu verteidigen, alle Hüllen der Konvention von ihnen abreißt und sie zwingt, sich selber in ihrer wahren Gestalt zu zeigen.

Die Klammern, die das Opernhaus berühren und die nächste Stille des Adelspalastes umfließen, erschallen ein dunkles Schreien. Der junge Aristokrat, würde bei Anschauungen, steht sich auf einer Gesellschaftsfeier nunmehr dem unglücklichen, widersprechenden Mädchen gegenüber, einer Fülle, die die Götterherin hat herkommen lassen. Was die Klammern beleuchtet einmal grundlich zu betrachten. Es war ihr nur zu gut gelungen: die Gerächen erliegen ihm plötzlich wie Silber des Todes, der Füll der Verzweiflung; in dem Mädchen, das mit ihrem Gerächtrinnen aus dem Dämmerhaus diese Verbindung bewirkt hatte, steht er die Fandern, die umgebenen Worte, die Erlösung. Mit derselben Gier, die ihn aber in alle Geränge der nochmanen Welt geworden hätte, hemüht er sich dieses Mädchens und bemerkt es. Er wagt sich glücklich und gelang, er verachtet die frühere Fremdengegenwart und Hofbediensteten, er will nichts anderes mehr sehen und hören als die Erwählte. Mit dem Glanzen an dieses endlich eroberte „wilde Glück“ hat der Verfasser der „Kamel“, der Engländer Richardson, seine alle bürgerlichen Fähigkeiten, seine Seelen erlöset: das „Erdbeben“ mit besonderer Berücksichtigung des Momentenübergangs, aber: Der Fänger hat das keine Rechte“. Das Mädchen aber immer noch immer

paisiher als die erdberingenen Conihs-Mahler, die dem Fürstern alle Würde abstreifen und rennützig zur Arbeitung des Adels zurückföhren.

Georg Kaiser indessen, obwohl Magdeburger, ist kein Guterwächler und kein Bourgeois. In das „Hinanziehen“ glaubt er nicht mehr recht. Das unheimliche Mädchen, anstatt andre zu retten, wird selber in den Strudel des Genusses hineingezogen. Nicht ungestraft verplant man plötzlich ein weibliches Wesen aus hütterlicher Not in Glanz und Luxus. Die so lange künstlich zurückgedämmten Triebe brechen nun ungehört los: das Schwenkmädchen, mit einem Fundestag, mit niedriger Arbeit, mit Käsejung und preiswürdigen Rechten auf die ewige Seligkeit aufgezogen, ist gegen die Gefahren des Genusses nicht geschützt. Man kenn das aus romanischen Ländern, wie die streng schüchternen Dichter der „heiligen Kreuze“ vom Kloster in den Eheband saamen, weil sie sich für ihre Entbehrungen entschuldigen wollen. Am wiederl mehr wird das dort der Fall sein, wo die Proletarierin, unglücklich verheiratet und ganz unbewußt, sich an der herrschenden Klasse rächt. Die Ungleichheit der Stände reizt die Voraussetzungen für die Ehekreuzerzählung hervor. Das ist schon das Thema der Hebelischen „Agnes Bernauer“, des Augsburger Bürgermädchens, das einen Fürstensohn heiraten soll; wer weiß, ob Ferdinand von Soller mit der Tochter des Ruiters Miller glücklich geworden wäre? Der Präsident hat es, wenn er diese Ehe verhindert, mit dem Sohne viellecht gar nicht so glücklich gemeint, wie uns der bürgerliche Dichter Schiller glauben machen möchte.

Was haben diese Ehekreuzerzählungen mit dem Brand im Opernhaus zu tun? Kann eben das, das durch ihn Schicksales, des ehemaligen Weisenmädchens, „Süßl“ offenbar wird: sie in heimlich aus dem Haus entwischen, während ihr Gatte sie jubelnd wächte, um wie schon oft, mit dem Opernänger sich an dem Feinde der Lebenswelt zu heischen. Es gelangt ihr, aus den Klammern zu entkommen. Indem sie sich aber in die Arme ihres Gatten flüchtet, verfällt sie ihrem Richter. Was wird er tun, um sich zu rächen? Sie in das Glend zurückzupfen, aus dem er sie aufgeföhren hat? Sie nachbringen? Das ist ihm alles nicht genug. Er halt sich aus dem brennenden Opernhaus unter Lebensgefahr eine Leiche heraus und bahnt sie, ein Schindol seiner letzten Liebe, im Nebenzimmer jenseitlich an. Die Gattin aber behandelte er, als wäre sie nicht mehr da. Er moztiert sie noch mehr, indem er ihren Liebhaber, den Opernänger, heranzerrt. Was wird die Gattin tun, wenn sie ihm begegnet? Ihn verurteilen? Nein, sie überhäuft ihn mit Parolisheiten, vor denen er sich nicht retten kann. Es ist ein letztes, verzweifletes Mittel, um seine Liebe wiedergewinnen: sie will keine Eiferbeise aufgeben. Es scheint ihr zu gelingen — der Gatte wird

weich, hingebend. Wenn es sein eächtes Gefühl für sie wäre, könnte alles noch gut werden. Aber es ist ganz etwas anderes: sie hat der Leiche nebenan den Ring entzogen, der sie als die von allen gesuchte Mätresse kennzeichnet. Mit dem Ring ist die Gunst des Königs zu gewinnen; seine Besitzerin wird dem Gatten wertvoll. Er entläßt sie, damit sie sich ihren Lohn abholt. Aber sie hat etwas anderes vor: hürzt sich mitten in das Feuermeer, um als Mätresse des Königs zu gelten — die wirkliche ist im Gärten ihres Gatten begraben worden — und in den Flammen ihre Schande zu vernichten.

Es ist kein einheimliches Drama aus diesem Vorwurf geworden. Das soziale Motiv wird von dem individuellen durchkreuzt. Es kommt nicht zu jener Aussprache, die alles bloß gelegt hätte und die dem Manne sein edelmütiges Mänelchen heruntergerissen hätte. Warum schleudert sie ihm nicht die Flagge ins Gesicht, daß er sie aus Eigenruks, aus Sensationslust, aus Eitel vor dem Hebermar, aus dem Verlangen nach Rühm, genommen hat? Dieser Zusammenstoß wird wohl angedeutet, aber nicht ausgeführt. Statt dessen wirft sich der Dichter auf die Symbole und verdirbt sich damit sein Konzept. Wenn der Gatte die Leiche ins Haus schleppi, denkt man, es sei die des Liebhabers, vor der er mit der ungetreuen Gattin abrechnet wollte. Erst im dritten Akte erfährt man, daß es eine weibliche, die der Königsgeliebten ist. Das Gespräch in Gegenwart der Toten ist freilich sehr stimmungsvoll, die Szene bekommt etwas Gemuetliches, aber sie ist psychologisch zu gewaltiam konformiert. Auch die Auseinandersetzung mit dem Nebenbuhler ist nicht zu Ende geführt: man läßt ihn einfach laufen. Und wenn schließlich Selbsttre freudwillig in den Tod geht, um den Forum der „Ehre“ zu retten, beugt sie sich damit doch nur dem alten bürgerlichen Geistes von Schuld und Sühne. Die krasse Herrenmoral bleibt als Siegerin auf der Walstatt. Genau betrachtet, führt Selbsttre mit ihrem Untergang nicht die eigene Schuld, sondern die ihres Gatten.

„Nacht für“ schreibt Kaiser über sein Drama. Er legt damit den Nachdruck auf den symbolischen Charakter, zu dem dann freilich die Anlehnung an den historischen Vorwurf nur schlecht paßt. Aber der Spielleiter muß diese Bezeichnung wohl beachten, wenn er das Drama in der Aufführung reifen will. Georg Kaiser verrät auch hier wieder, daß er die Götter der Bühne kennt. Man lasse das kurze Geschehen geschwind überdrehen, und man wird Eindruck erzielen. Kein Naturalismus, keine grellen Effekte! Der Klüfterton vorherrschend, zu dem man seine Stimme herabschraubt, wenn ein Later bunt der offenen Tür liegt. Das ist von allen Mitwirkenden nur ein einziger begriffen zu haben: Lothar Böhning. Er jecht immer immer vom Dichter auf, nicht allein der Gattung

Wo bleibt die Entschädigung der Arbeiter?

Der Bergarbeiterverband richtete an die Reichsregierung folgende Schreiben:

Unter Bezugnahme auf unser Schreiben, gerichtet an das Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium, unter der Bezugnahme auf die inzwischen erfolgte Zahlung von ca. 700 Millionen Mark an die rheinisch-westfälischen Syndikate in als Entschädigung für Wärum- und Reparationslasten bestritten, einer Entschädigung an die Bergarbeiter der rheinisch-westfälischen Stein- und Braunkohlenreviere als Ersatz für die ihnen durch die Folgen der Ruhrgebiets-Belegung entstandenen Verluste baldigst zuzutreten.

Eine Substantivierung dieser Schadenforderungen behalten wir uns für besondere Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Arbeitnehmerorganisationen vor, um deren baldigste Anbahnung wir ersehnen.

Ueber diese „unberührte Forderung“ der Arbeiter, die unter der Ruhrbelegung reslos alles opfern mußten, werden die am lautesten zeternden, die von dem Millionen-gesamt an die Industrie das meiste einbrachten.

Die deutsche „Tscheta“ vor dem Staatsgerichtshof.

Am fünften Verhandlungstag des Tscheta-Prozesses kommt der Fall Stinnes zur Sprache. Neumann äußerte sich wie folgt: Den Auftrag, den Industriellen Stinnes zu erledigen, erhielt ich von Helmuth, Boege, Margies, Szon und ich nahm zunächst die Beobachtung des Espianade-Hotels, des angeblichen Aufenthalts Stinnes, auf. Einen festen Plan über seine Erledigung hatte ich noch nicht gefaßt. Da aber Stinnes nicht in Berlin anwesend war, machte ich den Vorschlag: Wir wollen nach Mülheim ins besetzte Gebiet, um Stinnes in seiner Wohnung zu erledigen.

Später bekam ich von Helmuth den Auftrag, den Fall Stinnes abzubilden, da eine wichtigere Aufgabe bestehe, nämlich die Erledigung des Industriellen Vorzja. Davon habe ich die Gruppenmitglieder in Kenntnis gesetzt, da durch die Tat während des Metallarbeiterstreiks die Kampffähigkeit der Arbeiterschaft erhöht werden sollte. Da der Streik aber wieder abgebrochen wurde, befahl mir Helmuth, die Angelegenheit wieder einzustellen. Die Tat hätte keinen moralischen Erfolg mehr für die Arbeiterschaft.

Nach einigen Tagen wurde ich zu Helmuth gerufen, wo er mir sagte, es wären zwei Spitzel zu erledigen, deren Namen ich von Kreuz erfahren würde. Es handelte sich um Kaufsch und die Zehnpuhd, deren Bedname Ameliese Gerber war. Diese war bei der Partei angestellt und hatte eines Tages auf ihrem Weg einen Brief liegen lassen, welcher an die Abteilung I A gerichtet war. Den Inhalt stellten wir später an einem Kopierpapier fest. Sie teilte darin der Polizei mit, daß an dem und dem Orte kommunistische Flugblätter zur Verteilung gelangen sollten.

Ich bekam hier ebenfalls wie im Falle Kaufsch eine Kritik von acht Tagen. Neus machte die Bekanntheit mit der Zehnpuhd und sagte mir, daß diese nicht ernst zu nehmen sei, da sie noch zu jung wäre, und daß er von der Tat Abstand nehmen wollte. Ich habe mich auch Margies und Boege gegenüber geäußert, daß mir der Fall Zehnpuhd einfallen wollte, da diese unterdessen von der kommunistischen Partei ausgeschlossen war. Riedner: Wir wollen nun einmal auf die weiteren Fälle eingehen, in denen Ihnen ebenfalls Vorbereitung zur Last gelegt wird.

Neumann: Ich bekam von Helmuth den Auftrag, einige Fälle in Süddeutschland zu erledigen und ich sollte mich an Kreuz wenden, welcher mir die Namen der Spitzel mitteilen werde. Er nannte mir die Namen Weßel, Braune, Müller und Jauche. Ich sollte mich aber zur näheren Auskunft an Woltenberg nach Frankfurt a. M. wenden.

Da bekam ich von einem gewissen Alfred, welcher Reichswehrangehöriger war, aus Zella-Mehlis Mitteilung, daß ein gewisser Kreuz

Radiodienst der Volksstimme.

Die Bestattung der Opfer.

1 Dortmund, 17. Februar. Am heutigen Dienstag, an dem die bestorgenen Opfer der Katastrophe auf Zeche „Minister Stein“ beigesetzt werden, sind die staatlichen und kommunalen Verbände des Ruhrgebiets zahlreich erschienen. Als Vertreter des preussischen Staatsministeriums nehmen an der Beisetzung teil der Handelsminister Siering und der Wohlfahrtsminister Sirtzinger. Hunderttausende sind immer noch nicht ermittelt, trotzdem über 100 Rettungsleute ununterbrochen tätig sind.

Warnung an die Zechenbesitzer.

1 Bochum, 17. Februar. Das offizielle Organ des Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiter-Zeitung“, veröffentlicht einen aufsehenerregenden Artikel zu dem Dortmund-Grubenunglück, in welchem das auf der Zeche Minister Stein herrschende Antriebsystem in schärfster Ausführung geißelt wird. In der von der Direktion der Zeche Minister Stein herausgegebenen Betriebszeitung sei festgestellt worden, daß durch die Anstrengung der Belegschaft die Förderleistung der Zeche im Dezember 1924 bereits das Eineinhalbfache der Friedensleistung betragen haben und somit die Zeche Minister Stein die bestförmende Zeche des Unternehmens sei.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ richtet folgende Warnung an die Grubenbesitzer und die Reichsregierung:

„Noch ein solches gefährliches Unglück wie das Massenunglück auf Zeche Minister Stein, und die Flamme überdieser Empörung schlägt über das ganze Ruhrkohlengebiet zusammen. Ihr Herrschenden, hütet euch! Auch der Regierung möge die Erkenntnis kommen, daß sie sich mehr als bisher für die Interessen der Bergarbeiter einsetzen muß.“

Angriff vor dem Reichsbanner.

1 Köln, 17. Februar. Die „Kölnische Zeitung“ kommentiert am Dienstag früh unter der Überschrift „Bananen-Extrat“ mit dem Untertitel „Der Vorstoß auf die Reichspräsidentenschaft“ das neue preussische Kabinett folgendermaßen:

„Das Zentrum muß sich darüber klar sein, daß das Weimarer Kabinett Marx von vornherein als Kämpfbandett angesehen und behandelt wird. Niemand verläßt sich mehr der Tatsache, daß sich hinter Marx das Reichsbanner Schwarzrotgold, die republikanischen Verbände und die gesamte Sozialdemokratie vereinigt haben, um von der preussischen Regierung aus einen Vorstoß mit dem Ziele zu machen, den Reichspräsidenten Marx als sogenannten republikanischen Kandidaten in der Reichspräsidentenwahl durchzusetzen und die Macht im Reich wieder an sich zu reißen. Daß ein solcher Vorstoß in der überaus kritischen Zeit unserer Außenpolitik mit aller Energie abgewehrt werden muß, darüber kann bei allen positiv arbeitenden Parteien und in der deutschen Wirtschaft kein Zweifel mehr bestehen.“

Das Urteil im Kreuz-Prozess.

1 München, 17. Februar. Nach 11tägiger Verhandlung und nach einer weiteren Pause von 11 Tagen wurde am Dienstag vormittag in dem Prozess des sozialdemokratischen Abgeordneten Erhard Kreuz gegen Winter, Kämpfer und Lanzmeier das Urteil gefällt. Es lautet gegen Kämpfer und Winter wegen Vergehens der Beleidigung und der bösen Nachrede auf eine Geldstrafe von je 5000 Mark eventuell 50 Tage Gefängnis, gegen Lanzmeier auf 4000 Mark Geldstrafe bzw. 40 Tage Gefängnis. Die Beklagten haben sämtliche Kosten zu tragen.

Dem Kläger ist die Veröffentlichung des Urteils in der „Münchener Staatszeitung“ und in der „Münchener Post“ zuerkundet. In dem Verfahren der Widerklage der Beklagten wurde Kreuz freigesprochen.

In der Begründung des Urteils sind sämtliche 77 Beleidigungen in der Broschüre gegen Kreuz aufgezählt und die behaupteten Behauptungen als nicht erwiesen bezeichnet. Bewiesen sei, daß Kreuz weder mittelbar noch unmittelbar bei Leitung Eisners betriebl. war.

Von der Verhängung von Freiheitsstrafen wurde abgesehen, weil die Beklagten ihren Kampf aus politischen Gründen geführt haben. Als Strafmilieu kam die verhältnismäßig schlechte wirtschaftliche Lage der Beklagten in Betracht.

Varinat und der „Voortwaarts“.

1 Amsterdam, 17. Februar. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Hollands, der am Sonntag und Montag in Amsterdam stattfand, wurden vom Vorsitzenden Wiegens auch die Beziehungen der Partei zu Varinat zur Sprache gebracht.

Varinat hat im Jahre 1918 die Mittel zur Gründung des niederländischen „Voortwaarts“ zur Verfügung gestellt. Er besitzt heute noch drei der sieben Anteile des „Voortwaarts“, von denen jeder 25 000 Gulden beträgt. Außerdem hat er dem Blatt seinerzeit eine Hypothek von 140 000 Gulden verschafft.

Auf die Zusammensetzung der Redaktion und die Haltung des Blattes hat er nie einen Einfluß gehabt.

Keine Räumung des Saargebietes.

1 Paris, 17. Februar. Die Meldung von der beabsichtigten Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet entspricht nur teilweise den Tatsachen. Es handelt sich nicht um eine völlige Räumung des Saargebietes, sondern nur um einer Verminderung der dort bestehenden Garnison.

So ist ein bisher in Saarbrücken liegendes Artillerie-Regiment nach Lothringen zurückgezogen worden. Eine weitere Verminderung der französischen Truppen soll folgen und dafür lokale Gendarmen eingesetzt werden.

Die fatale Abels-Verleumdung.

1 Brüssel, 17. Februar. Vor dem Brüsseler Appellationsgericht begann am Montag der Prozess mehrerer Mitglieder der Familie Fürst Ehrenberg gegen den belgischen Staat wegen Beschlagnahme ihres Eigentums an Domänen, Grundstücken und Häusern, das auf viele Millionen beziffert wird. Das Familienhaupt, Fürst Engelberg-Ehrenberg, hatte zuerst gleichfalls einen Prozess angehängt mit der Begründung, daß er, obgleich deutscher Staatsbürger, Belgien vor und während des Krieges wertvolle Dienste geleistet habe. Er hat aber schließlich auf die Durchführung des Prozesses verzichtet.

Gegenüber behaupten die übrigen Familienmitglieder Belgier zu sein. Der ihnen einige Jahre vor dem Krieg von Wilhelm II. verliehene reichsunmittelbare Adel könne sie rechtlich nicht binden. Der Verteidiger, der frühere katholische Minister Renkin, rühmte gleich am ersten Tage die Verdienste der Familie um die Sache der Alliierten während des Krieges.

Mussolini erkrankt.

1 Rom, 17. Februar. Der Senat hat die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Seereserve verlegt, da Mussolini an Grippe erkrankt ist und das Bett hüten muß.

in anderer Weise zum Nachteil der Partei betätigten, zu erledigen? Ueber diesen Fall führte Neumann weiter aus, daß er mit Boege, Margies, Szon und Mörsner im Strafverfahren nach Zella-Mehlis gefahren sei. Der Rued dieser Fahrt ist allen außer Mörsner bekannt gewesen. Pistolen hatten alle bei sich. Als wir spät abends in Zella-Mehlis ankamen, wollten Szon und ich den Fall Kreuz allein erledigen. Die andern sollten einsteilen nach Frankfurt a. M. weiterfahren, wo wir uns bei Wollenberg treffen wollten. In einer Wohnung trafen ich und Szon mit Alfred zusammen, wo dieser mir aber sagte, daß Kreuz augenblicklich in Erfurt sei. Da der Aufenthalt zwecklos war, sagten wir Alfred, daß wir in einigen Wochen nochmals wiederzukommen. Von Margies war

die Munition zu Dumbum-Geschossen abgeteilt

wurden, da die Wirkung viel besser wäre.

Niedner richtete an Neumann die Frage, ob er nicht weiß, daß Margies geduldet haben soll, er wolle in Zella-Mehlis bei Kreuz einbrechen und ihm den Hals durchschneiden. Damit man nicht auf den Gedanken komme, es handle sich um einen politischen Mord, wolle er auch einige Sachen mitnehmen.

Der Verteidiger Wolff beantragt Gerichtsbeschluss, ob der Angeklagte in dieser Form vernommen werden soll oder nicht. Das wird abgelehnt. Rühlich springt der Angeklagte Margies auf und empört sich mit lauter Stimme gegen diese Art der Vernehmung, worauf er vom Vorsitzenden einen Verweis erhält und ihm angedroht wird, daß er bei Wiederholung sofort in Haft genommen würde. Im Anschluß an diesen Vorfall entwickelt sich eine erregte Debatte zwischen Verteidigung und Vorsitzendem, worauf eine Pause von einer Viertelstunde eintritt.

Nach der Pause werden die Fälle Schlotter und Wolf behandelt. Neumann äußert sich dazu wie folgt: Ich beauftragte Margies, den gefährlichsten Kriminaloberwachungsleiter Schlotter und den württembergischen Innenminister Wolf zu beobachten, die dann erledigt werden sollten. Später schickte ich Boege und Margies zu Frankfurt aus nach Heidelberg, um dort Jauche zu erledigen, und Mörsner und Neus schickte ich nach Stuttgart, um dort den Spitzel Weßel zu beiseitigen.

Ich selbst wollte zur Beobachtung nach Stuttgart fahren, um auch gleichzeitig den Kraftwagen dort zu verkaufen. Weßel war besonders als Spitzel verdächtig, weil in letzter Zeit mehrere kommunistische Veranstaltungen ausfallen waren. Wir stellten nun eine Beobachtung an Schlotter und Weßel an, wobei Szon von Schlotter verhaftet wurde, weil er von König angeblich betrogen sein sollte.

Neus war ungehalten, daß er nicht mehr so viel Geld erhielt.

um die Zahlung einer Kriegsschädigung durch Deutschland, über deren Höhe bisher eine Einigung nicht erzielt worden ist. Strejemann erklärte, daß Deutschland über diese Frage jederzeit zu Verhandlungen bereit ist.

Der Konflikt hat in letzter Zeit durch eine Drohung des rumänischen Finanzministers, gegen Deutschland Repressalien anzuwenden, eine gewisse Verschärfung erfahren. Es handelt sich speziell um die Dedung der Banca Generalenote, die während der Besetzung Rumäniens mit deutschen Truppen ausgegeben worden sind. Eine Verpflichtung des Deutschen Reiches, diese Noten einzulösen, ist im Versailles Vertrag nicht festgelegt. Die Reichsregierung haben insoweit anfangs auch eine Einlösung abgelehnt, sich später aber bereit erklärt, rund 50 Millionen Goldmark zur Dedung dieser Noten zu hinterlegen, wenn Rumänien auf die Liquidierung des deutschen Eigentums verzichtet. Dieses Angebot wurde von Rumänien nicht angenommen. Später beschäftigten sich auch die Alliierten mit der Frage und wiesen die Auffassung Rumäniens, daß seine Ansprüche als bevorzugte Reparationszahlungen zu befriedigen seien, zurück.

Die Reichsregierung vertritt nun den Standpunkt, daß die rumänische Regierung keine allgemeinen völkerrechtlichen Repressalien ergreifen kann, da ihre Forderungen sich außerhalb des Friedensvertrages bewegen.

Notizen.

Militärische Räumung des Saargebietes. Im Saarbrücken wird gemeldet, daß die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet in Aussicht genommen ist. Die 3000 Mann starke Besatzung soll angeblich durch eine lokale Gendarmen ersetzt werden wie im Friedensvertrag vorgesehen ist.

Richter in den Ruhestand versetzt. Am 15. Februar wird mitgeteilt, daß das preussische Staat in diesem durch Beschluß vom 14. Februar den Berliner Polizeipräsidenten Richter mit sofortiger Wirkung in den einwöchigen Ruhestand versetzt hat.

Varinat und die Holländer. Auf dem Kongress der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei teilte der Vorsitzende Wiegens mit, daß Varinat im Jahre 1918 freiwillig, ohne irgendeine Anrechnung von niederländischer Seite, die Finanzierung des „Voortwaarts“ vornehmlich habe. Die ganze „Voortwaarts“-Transaktion wurde im niederländischen Staatsblatt veröffentlicht. Weiter habe die niederländische sozialdemokratische Arbeiterpartei niemals mit Varinat zu tun gehabt. Niemals habe die niederländische sozialdemokratische Arbeiterpartei oder die Redaktion der sozialdemokratischen niederländischen Arbeiterzeitung eine Erklärung an die deutsche Sozialdemokratie oder an die deutsche Regierung über Varinat abgegeben.

Nach schickte ihn deshalb nach Berlin zurück, gleichzeitig mit ihm Mörsner, um vom Militärleiter wieder Geld zu holen. Am 19. Februar 1924 trafen wir uns bei Wesnissen und erfuhren, daß Weßel Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes war. Es fand eine Sitzung im Gewerkschaftsraum statt, an der Weßel teilnehmen sollte. Nach der Sitzung sollten König und Boege ihn ein Stück begleiten und ich wollte mich an Weßel heranschleichen und ihn erledigen.

Riedner: Wollten Sie ihn tödlich erschießen?

Neumann: Das war jedem selbst überlassen. Wir kamen nicht zur Ausführung dieses Plans, da Weßel nicht in der Sitzung war.

Darauf wird die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

Rumänisch-deutscher Streitfall.

Der Reichsaussenminister benutzte die Montagtagung des Haushaltungsausschusses zu einer längeren Erklärung über den rumänisch-deutschen Streitfall. Es handelt sich hier

Explosierte Stahlflaske.

18. Duisburg, 17. Februar. Beim Abschneiden von Sauerstoffflasche entzündete sich auf der Hütte Böhmig eine Explosions. Das Kopfstück einer Flasche flog gegen die Transmissions- und löste den Betrieb aus. Das andere Stück der Flasche flog in den Kreiselbau, ohne jedoch jemand zu treffen. Durch herumfliegende Eisenstücke wurden vier Arbeiter erheblich verletzt. Andere Arbeiter wurden durch ein infolge des Aufbruchs herabgefallenes Glasdach verletzt.

Schreckliches Ende eines Forschers.

18. Reunort, 17. Februar. Das Schicksal des Sübsterichs Collins ist im ganzen Lande große Aufmerksamkeit hervor. Collins war 17 Tage in einer Höhle bei Cave (Kentucky) eingeschlossen und einen Tag vor der Rettungsmannschaft in den letzten Augenblicken im Dunkeln gestorben. Sein Körper war in einer Höhle so fest eingeklemmt, daß er entleert werden konnte, nachdem die Seine amputiert worden waren.

Das Parlament. Der Rheidite Mohamed Ali von Ägypten wollte seinem Lande eine neue Konstitution geben und nach europäischem Muster ein Parlament schaffen. Er ließ ein großes Parlamentsgebäude errichten, ernannte die Abgeordneten und setzte die Eröffnungssitzung fest. Als aber alles so weit war, fehlte die Opposition. Ein Parlament ohne Opposition ist kein richtiges Parlament. Der Rheidite wollte unter allen Umständen eine Opposition. Er ließ sich die Liste der Abgeordneten kommen, schnitt sie in der Mitte durch und schrieb auf die eine Hälfte „Opposition“. Die Deputierten bekamen die entsprechenden Befehle — aber sie wollten nicht. Man drohte ihnen Stockschläge an, man verabschiedete sie ihnen sofort — Vergebens! „Nimmer besser“, sagten sie, „einige Stockschläge, als schließlich wegen seiner Opposition gegen den Rheiditen einen Kopf kürzer gemacht zu werden.“ Und so konnte wegen mangelnder Opposition kein ägyptisches Parlament zustande kommen.

Alle während unserer großen **Sonderverkäufe** sich angesammelten

Reste und Restbestände

sowie alle leicht angestaubten Waren verkaufen wir **von heute ab rücksichtslos billig!**

Wischtücher <small>farbvert. Stüd. -40</small> -24	Satin <small>einfarbig, 80 cm breit, Meter 1.50</small> 1.25	Untertailen <small>mit Sobtbaum und Stickerel 1.95 - .95</small> -65	Kinder-Schlupfhosen <small>geraut, farbig</small> -95
Servietten <small>weß Damast, und Kaffee-ferbrieten Stüd. -55 -45</small> -35	Kleiderveours <small>bedruckt, dunkle Muster Meter 1.10</small> -85	Prinzebröcke <small>mit breit. Stickerel-Volant 3.5</small> 2.95	Damen-Schlupfhosen <small>farbig Flor . . . 1.25</small> -68
Handtücher <small>Dreit u. Gerstenkorn Meter</small> -65	Cheviot <small>reine Wolle . . . Meter 2.95</small> 1.95	Damen-Hemden <small>mit schmalen Trägern 1.45</small> -95	Damen-Untertailen <small>gestricht, mit halben Arm</small> -95
Damasttischtücher <small>130x150</small> 4.95	Manschester <small>für Anzüge . . . Meter</small> 2.95	Zierschürzen <small>bunt u. gestricht</small> -95	Herren-Makohemden <small>mit und ohne einfas</small> 2.95
Bettlaken <small>Reffel, 140x210</small> 2.95	Seidentrikot <small>moderne Farben . . . Meter</small> 2.95	Kinder-Schürzen <small>gestricht und bunt GröÙe 45</small> -75	Herren-Makohosen <small>mit Heberbügel</small> 1.95
Bettbezüge <small>weiß, mit 2 Rippen</small> 8.50	Hauskleiderstoffe <small>80 cm breit, Meter</small> -95	Gezeichn. Handarbeiten <small>Decken, Kissen, Haubtücher, St.</small> -95	Trikotwesten <small>grün und braun meliert</small> 3.95
Ein Posten Waschkittel <small>1.95</small> -95	Ein Posten Damen-Röcke <small>in melierten Stoffen</small> 1.95	Ein Posten Cheviot-Kleider <small>reine Wolle</small> 4.95	Ein Posten Blusenschoner <small>reine Wolle</small> 4.95

Reste in Handtüchern, Wischtüchern, Perkal, Bettzeugen, Schürzenstoffen, Blusenstreifen, Hemdenflanell, Gaudrucks, Kleiderschotten, Wollstoffe, einfarbig und gemustert, Mantelstoffe **zum Teil bis zur Hälfte des regulären Wertes!**

1 Aluminium-Schmortopf <small>18 cm.</small> -95	1 Paar Solinger Edestecke <small>.</small> -95	6 Bierbecher <small>mit Wollband</small> -95	1 Schwarzwälder Kuckucksuhr <small>.</small> -95
6 Speiseeteller <small>tief oder hoch</small> -95	1 Taschenmesser <small>stetig</small> -95	10 Stück Glas-Kompotteller <small>.</small> -95	5 Riegel Kernseife <small>a 250 Gramm</small> -95

Sportwesten **775** **R. Wittkowski**
reine Wolle, gestricht, 14.95 12.75

Breiter Weg 61

Eine gute Pfeife Zahat, gutgepflegten Rantabaf, gute Zigarren u. Zigaretten in vorzüglicher Auswahl kann man stets kaufen bei **Otto Beinhoff, Schönebeck** 70er Straße 37.

Kein Visavis **Leinhaus Peters** Reiner Weg 14 höchste Selektion, Str. und Bett u. von Bettin und Wäsche. Vergleichen Sie mit der Ausgabe der Wandlung Kollektionen

Gardelegen. Gardelegen. **Willi Haubenreisers** Spezial-Reparaturwerkstatt Seite und billigste Bezugsquelle in Uhren, Gold- und Silberwaren.

Frei Heil Kameraden!

Wegen großen Andrangs bitte ich, rechtzeitig Ihren Bedarf zum 22. Februar zu decken. Reiner von Euch darf fehlen.

Für Euch **15%** Rabatt!

Wollach's Bekleidung
20 Eddischehoffstraße 20
Zahlungserleichterung!

Bindjacken	16.90	13.90	11.90	9.75
Breches- u. lange Hosen	15.00	12.00	9.00	7.00
Handwerker-Anzüge	42.00	35.00	29.00	25.00
Kinder-Mantel-Anzüge	18.00	15.00		11.75
Monteur-Anzüge	12.00	8.00		5.50
Anzüge, Winter	aus gut Stoff 1a. Ver.	22.00		22.00
Gummimäntel	doppelfalt zu tragen	35.00	25.00	16.00

In Stoffe in großer Auswahl
Konfirmanden-Anzüge in verschiedenen Preislagen
Der beste Arbeiterfreund kann nur S. Bach sein.
Da die Kameraden laufen dort am billigsten ein.

Sohlen u. Absatzge enäh, gefeilt und renagelt, und alle Reparaturen reell und preiswert
Rich. Willmann, Regierungstr. 20.

Das **Liederbuch** für Reichsbannerleute 30 Pfennig
Buch. Volksstimme
Magdeb. Gr. Mühlstr.

Raute ständig **Altpapier, Lumpen, Knochen Eisen und Almetalle.**
Geschäftszeit von 8 bis 6 Uhr durchgehend. Ansonsten Abholung durch eigenes Gespann. Postkarte genügt.

Junkerplatz vormals Bild. Tel. 6769

Patentmatratzen für jede Bettstelle nach Maß liefert in allerbeste Ausführung

Seitl Ruffonsti, Matratzenfabrik
Stadtlager: WeinstraÙe 3. Telefon 6967.
Gierig fressen, fett u. fleischig wird Schweine nach kurzer Zeit im wenig Plönnige durch Horm. Muesches Fress- u. Mastpulver. Sch. 0.39 Feh nur in P. Heim. Museue, Ma. Geburg. Herm. Musche, Kölnen 51.11.

Konsum

-Verein für Magdeburg und Umgegend E. V.

Am Sonntag den 22. Februar hält das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seinen

Bundestag

in Magdeburg ab. Aus allen Teilen Deutschlands kommen die Mitglieder des Reichsbanners nach Magdeburg und viele Konsumvereinsmitglieder werden Einquartierung bekommen. Deshalb wird die Nachfrage nach Fleisch-, Wurst- und Backwaren sehr gross sein. Um alle Nachfragen bewältigen zu können, bitten wir unsere Mitglieder, so früh wie möglich die Bestellungen in den Verkaufsstellen anzugeben. Zu diesem Tage haben wir ausser dem übrigen Gebäck auch noch

Reichsbanner-Torten

zum Preise von Mk. 1.75 hergestellt und empfehlen diese unseren Mitgliedern ganz besonders.

Die Vertretersitzung in Sudenburg findet nicht heute abend, sondern erst Dienstag den 24. Februar, abends 8 Uhr, im „Jägerheim“, Lutherstrasse 24, statt.

Reichsbanner-Zigaretten

3. 3 gold und ohne Mundstück
Fabrik-Niederlage
Robert Freye
Zigaretten-Groß- und Klein-Handlung
Magdeburg-Südost
Schönebecker Straße 94c



„Ich begreife nicht, Herr Doeringmann, wo Sie sich für nichts und wieder nichts mit diesen Zahnschmerzen abquälen.“
„Bleib denn? Was soll ich machen? Ich bin erst morgen zum Zahnarzt bestellt.“
„Nichtschön, Herr Doeringmann, Sie sind doch ein Mann. Nehmen Sie denn das neue Zahnschmerzmittel **Berit** nicht?“
„Ne, was ist das?“
„Sie bekommen es in jeder Apotheke. Ein kleines Fläschchen. Sie schütten ein paar Tropfen auf eine Zigarette, die der Zahnarzt Ihnen schon gegeben hat. Sie rauchen sie auf das Zigarettenstück. In 5 Minuten sind Ihre Schmerzen los. **Berit** ist eine neue pharmakologische Erfindung. Sie sind sich selbst schon bewußt, daß die Schmerzen von Nerven- oder Zahnschmerzen entstehen. **Berit** wirkt sofort. Auch 3 bis 4 Tropfen in das Mittel bei Ihren Patienten, an bevor sie mit der Behandlung beginnen. — Uebrigens ist **Berit** in jedem Haus zu finden. Wenn es nicht in der Handlung ist, so ist es in der Apotheke. Wenn es nicht in der Apotheke ist, so ist es in der Handlung. Wenn es nicht in der Handlung ist, so ist es in der Apotheke. Wenn es nicht in der Apotheke ist, so ist es in der Handlung.“
„Wenn ich das gehabt hätte! Wo bekomme ich **Berit**?“
„In jeder Apotheke. Und wo keine Apotheke ist, schreiben Sie an das pharmazeutische Laboratorium **Berit**, Hauptstr. 19.“

Reichsbanner und Großdeutschland.

Am kommenden Freitag veranstaltet die Magdeburger Ortsgruppe des Reichsbanners eine Demonstration gegen die Kleinstaaterei und für Großdeutschland. In der Nr. 4 der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ schreibt zu diesem Thema Dr. Richard Michler (Potsdam) u. a. das Folgende:

Es ist die Tragik des deutschen Volkes, daß 1866 und 1871 die kleindeutsche Lösung siegte. Die 10 Millionen Deutschösterreicher blieben ausgeschlossen aus dem Reich, mit 10 fremden Nationen zusammengepreßt im Habsburger Staat, der ihr Kerker wurde. Das politische Übergewicht, das sie, ein Fünftel, hatten, schwand immer mehr, die Dynastie verlegte ihren Schwerpunkt auf die erstarkenden Slawen, verlangte und erhielt von den Deutschen als Staatsvolk unbedingte Loyalität und beschenkte die andern Völker mit Konzessionen an Macht. Der Kampf der Nationen um den Staat setzte ein, die Deutschen kämpften und bluteten infognito, verloren schrittweise Boden und fanden bei den Habsburgern kein Recht, bei Bismarck keine Unterstützung. Das großdeutsche Bewußtsein war lebendig geblieben, es glomm immer stärker, je undeutlicher die schwarzrotgoldene Dynastie regierte. Die seit 1813 heiligen schwarzrotgoldenen Farben trugen Wiener Burdenschaftler und Prager deutsche Turner als Truysymbole gegen die schwarzgelben Staatsfarben, als Bekenntnis der Volkszugehörigkeit, und ließen sich geradezu dafür „Preußenfeuchler“ schelten. Hunderte wurden dafür relegiert, eingesperrt, verfolgt. Und als eine Deputation jener Irredentisten zum Reichskanzler kam, herrschte er sie an: „Dienen Sie treu Ihrem Kaiser, dann dienen Sie am besten dem Deutschen Reich!“

Das wurde immer schwerer, schließlich unmöglich. Die Tschechen, Polen, Madjaren, Südslawen, Italiener, hatten alle eine gemeinsame politische Maxime: „Los von Oesterreich!“ Sie konspirierten mit Rußland und Italien, intrigierten gegen die Monarchie, propagierten die ungarische Unabhängigkeit oder die panslawistische Lösung, oder Italia irredenta. Das gewaltig erstarkende Nationalbewußtsein in diesen zum Teil geschichtslosen Nationen richtete sich gegen den verhassten Staat mit solcher Wucht, daß die Schicksalsstunde des Staates und der Dynastie, aber auch der Nation, geschlagen hätte. Nur in Berlin merkte man das nicht. Die Deutschösterreicher haben im Kriege ihre Pflicht getan. Nicht für die Dynastie, sondern für ihr Volk. Während ringsum alles wankte, brachten deutschböhmisches und alpenländische Regimenter Wutopfer, die prozentual sogar die Preußen überstiegen. Der furchtbare Überlaß jener Tage hat diese urdeutschen Gebiete entvölkert und einen Haub jener Nationen werden lassen, die auf den Trümmern des alten Staates mit gewaltiger Kraft ihre Nationalstaaten errichteten. Einen Monat vor der deutschen Revolution war der Zerfall Oesterreichs besiegelt, einen halben Monat vorher konstituierte sich die Tschechoslowakei als Bajal Frankreichs, wenige Jungtunden von Dresden entfernt.

Die Deutschen Oesterreichs begründeten am 21. Oktober auf Grund des verheißenen Selbstbestimmungsrechts der Völker den neuen Staat „Deutschösterreich“, der die Alpenländer und die deutschen Gebiete der Sudetenländer umfassen sollte. Die staatliche Lebensunfähigkeit dieses Gebildes, das Provisorische seines Charakters, war den Vertretern von vornherein klar und sie beschloßen am 12. November eine Selbstverfassung, deren Artikel 2 lautete: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“ Der Staatssekretär Otto Bauer kam nach Berlin, um die Verhandlungen über den Anschluß einzuleiten. Die damalige deutsche Regierung hatte andre Sorgen, und das Volksbewußtsein aller, auch der rechtsgerichteten Kreise, war so unvorberichtet, so erfüllt von den Glutten jener Tage, daß kein Massentwill und kein Führergeist den tatrevolutionären Zusammenschluß vollaag. Nicht daran denken...

Dann kam der Friedensvertrag und bestimmte, daß Oesterreich unabhängig zu bleiben habe und der Anschluß nur mit Zustimmung des Völkerbundes erfolgen dürfte! — Oesterreich mußte sich der Gewalt beugen und Deutschland mußte in Versailles ein Protokoll unterzeichnen, in dem es sich verpflichtete, Oesterreich aus dem Reichsrat wieder auszuschließen.

Oesterreichs Deutsche standen wieder einmal vor den Toren des Vaterlandes: die Sudetendeutschen unter der Fremdherrschaft der Tschechen, auf verlorrenen Posten einem neuen erbitterten Kampf um ihr Volkstum ausgeetzt, die Alpendeutschen in einem lebensunfähigen Staatsgebilde zu einer ungewollten Unabhängigkeit verurteilt, bedroht von slawischem Imperialismus, maffenlos, arm, hungrig, von der Entente als Kolonie ausgepowert mit sinkender Währung und sinkender Hoffnung. Noch einmal demonstrierten sie in gewaltiger Volksabstimmung für den Anschluß und gingen dann, als das Unrecht des Diktats die Heimkehr verwehrte, nach Genf, um Kredite zu erhalten und den Staat, für den ihnen jedes Staatsgefühl fehlte, der unnatürlich ohne Zentrum war, wenigstens vor neuem Chaos und Entnationalisierung zunächst zu bewahren. Oesterreich wurde Mitglied des Völkerbundes, seine Währung, sein Staatshaushalt wurden saniert — aber der Staat nicht lebensfähig gemacht. Der Bundeskanzler Seipel versuchte einen neuen österreicherischen Patriotismus zu züchten, die Länder mit der Hauptstadt Wien zu verschöhnen, zu zentralisieren, die Volkswirtschaft zu sanieren, daß die Lebensfähigkeit auch des Staates gesichert sei, er regierte meisterhaft außen- und innenpolitisch, und das Ergebnis: die hoffnungslose Staats- und Verfassungskrise,

die nur zwei Möglichkeiten in der Zukunft zuläßt. Die eine ist eine Donau-Konföderation der Nachfolgestaaten des ehemaligen Oesterreichs, eine Konstellation mit so überragendem slawischem Übergewicht, daß eine Entnationalisierung des uralten deutschen Gebiets nur eine Frage der Zeit wäre. Die zweite, aus dem ganzen Verlauf jüdisch-östlicher Geschichte heraus gegebene, ist der Anschluß an das Deutsche Reich. Aufgabe des deutschen Volkes ist es, den deutschen Volksgenossen drüben jederzeit zuzurufen: „Willkommen, das freie Deutschland wartet auf euch.“ Aufgabe der deutschen Regierung ist, durch Rechtsausgleichung und Staatsverträge die Grenzen abzubauen; Aufgabe der künftigen Vertreter Deutschlands im Völkerbund wird es sein, gemeinsam mit den österreicherischen Delegierten Schutz und Anwalt deutscher Minderheiten zu sein — um jene Zustimmung der Mächte zu ringen, die der Friedensvertrag für den Anschluß voraussetzt; Aufgabe deutscher Presse und Vertretungen, das Bewußtsein der Sprach-, Kultur- und Schicksalsgemeinschaft lebendig erhalten; Immer davon sprechen, immer daran denken, vom künftigen Großdeutschland!“

Magdeburg schmückt sich.

Die Stadt des Reichsbanners legt Feitschmuck an zum Bundesstag. Die republikanische Bevölkerung wird zeigen, daß die schwarzrotgoldenen Farben der Republik und nicht die schwarzweißroten der Monarchie tonangebend in Magdeburg und in Mitteldeutschland sind. Die Gegner der Republik sind wütend; sie ärgern sich, daß das Stahlhelmfest der Reaktion vom Bundesfest des Reichsbanners bei weitem überboten werden wird. In den Vorbereitungen merken sie schon, wie gewaltig der Aufmarsch der Republikaner am Sonntag sein wird. Mit Kleinigkeiten und geschäftigen Mitteln versuchen die Erbsößen darum zu verhindern, daß sich die Bevölkerung an der Ausschmückung der Häuser und Straßen beteiligt. Besonders Hausbesitzer und manche Geschäftsleute bereiten die größten Widerstände.

Trotzdem wird Magdeburg zum Bundesstag des Reichsbanners in ein Meer von schwarzrotgoldenen Fahnen getaucht sein. Denn die Ausschmückung der Stadt ist so organisiert, daß alle Nachgeschäften der schwarzweißroten Spießer unwirksam sein werden. Von der Ausschmückungsstelle des Reichsbanners, die an die Bevölkerung Girlanden und Fahnen vertreiben hat, sind allein 15 000 schwarzrotgoldene Fahnen und mehr als 15 Kilometer Girlanden verkauft worden. Rechnet man die von den Geschäften gelieferten Fahnen und die von privater Seite gemundeten Girlanden dazu und berücksichtigt ferner die Anzahl der schon am Verfassungstag vorhandenen und seitdem beschafften republikanischen Fahnen hinzu; so werden in Magdeburg am Sonntag mehr als

25 000 schwarzrotgoldene Fahnen wehen.

Ebenso großartig wird der Schmuck der Häuser mit Taunengrün und Girlanden sein. Wer noch Girlanden braucht, der muß sich sofort im Bureau, Rogauer Straße 32, Telefon Nr. 6572, melden. Die Ausschmückung muß möglichst so rechtzeitig erfolgen, daß sie schon den Fadelzug am Freitag verschönen hilft.

Zu diesem Fadelzug ist es auch wichtig, daß die Eltern ihre Kinder mit Papierlampions versehen und ihnen schwarzrotgoldene Fähnchen in die Hand geben. Reichsbannerkameraden werden den Familien der Reichsbannerkameraden, soweit es möglich ist, solche Lampions ins Haus bringen; sie sind aber auch in den Geschäften preiswert zu kaufen. Die Straßen müssen am Freitag abend überall von Lampions leuchten.

Die ersten Kameraden eingetroffen.

Welcher Opfermut bei den Reichsbannerkameraden herrscht, beweist die Tatsache, daß erwerbslose Reichsbannerkameraden von weit her zu Fuß in Magdeburg zum Reichsbannerfest bereits eingetroffen sind. So sind vorgestern Kameraden aus Plauen im Vogtlande und aus Mannheim und gestern Leipzig und Hamburg in Magdeburg angekommen.

Aus dem Ruhrgebiet und Westfalen werden Kameraden mit Lastautos eintreffen und zwar aus Bochum und Herne. Wie ungeheuer groß die Beteiligung werden wird, kann man daran erkennen, daß aus dem kleinen Freistaat Anhalt sechs Sonderzüge eintreffen werden, und daß aus Braunschweig, wo bisher 3000 Teilnehmer gemeldet waren, jetzt 8000 Mann kommen wollen.

Die Nebner auf dem Domplatz.

Bei der großen Kundgebung der Hunderttausend auf dem Domplatz werden folgende Mitglieder des Reichsausschusses des Reichsbanners Neben halten: Bundesvorsitzender Oberpräsident Göring, Reichskanzler a. D. Müller für die Sozialdemokratie, Reichskanzler a. D. Fehrenbach für die Zentrumspartei, Abg. Haas für die Demokratische Partei, General von Schönaich und Nationalrat Dr. Deutsch, Führer des österreicherischen republikanischen Schutzbundes.

Die republikanischen Studenten.

Das republikanische Studententatell wird an dem Reichsbannerfest teilnehmen. Bis jetzt sind Abordnungen der Münchener und Bonner Studenten gemeldet.

Armselige Klätter.

Die im ganzen Reich spürbaren Vorbereitungen zum Reichsbannerfest am 22. Februar haben die ganze schwarzweißrote Meute aufgeregt und nervös gemacht. Sie klafft und heult und jappt. In das Geulen stimmt man auch — spät genug jagen die Weistarp und Graefel! — der ruspige Kötter ein, der von Moskau sein Futter erhält. Die Moskauer höhnten und spotteten, als das Reichsbanner gegründet wurde. Der Spott ist ihnen ebenso vergangen, wie ihren schwarzweißroten Freunden. Sie gingen hin und gaben ihnen ihren dahinschmelzenden Scharen neue Fahnen und einen neuen Namen, den sie sich von Ludendorff pumpten. Der „rote Frontkämpferbund“ veröffentlicht einen Aufruf gegen den Reichsbannerfest und fordert zu Gegen-demonstrationen auf. Vegendemonstration? Armselige Klätter! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. Februar 1925.

Die Opfer.

- Zweihundert Männer sind in den Schacht gefahren. Mütter brängen sich oben in Scharen. Rauch steigt aus dem Schacht.
- Die Kohlenwälder nachtunten glühen, Arwilde Sonnenfeuer sprühen. Rauch steigt aus dem Schacht.
- Ketter sind hinabgestiegen; Ramen nicht wieder, sie bleiben liegen. Rauch steigt aus dem Schacht.
- Der Brandschlund frist seine Opfer — und lauert. Die brennenden Stollen werden zugemauert. Rauch steigt aus dem Schacht.
- Zweihundert waren in den Schacht gefahren. Mütter weinen an leeren Bahnen. Rauch steigt aus dem Schacht.

Gerrit Engelke.

Halbmast.

Halbmast und verbunkelt von schwarzem Flor, wehten heute Fahnen in Magdeburg, im ganzen Reich. Diese Zeichen der Trauer galten den Opfern der Dortmunder Grubenkatastrophe, die man heute in die Erde senkte. Die Tragödie der Tiefe hat den Menschen, die im Lichte arbeiten und atmen können, wieder einmal zum Bewußtsein gebracht, welchen Gefahren ihre Brüder gegenüberstehen, die schwarzes Gold aus dem Dunkel an die Sonne bringen.

In die Trauer mischt sich das Grauen vor den Mächten, die aus dunkeln Gründen hervorbrechen, die Menschen zerfahmetern, ertöyrgen. Und er kann dann nichts, als leiden und sterben.

In Deutschland trauert man, und die Arbeiter aller Zungen haben ihrer Trauer Ausdruck gegeben. Unter den Toten sind auch Reichsbannerkameraden, die am 22. Februar mit in Magdeburg sein wollten. Der Bundesvorsitz des Reichsbanners wird bei dem Begräbnis vertreten sein durch den Kameraden Brandenburg.

Im ganzen Lande senken die Gedenkfeierkameraden die Arbeitsbrüder ihre Fahnen und gedenken ihrer Toten.

Das städtische Bureaubedarfamt.

Was bedeutet das: eine städtische Verwaltung? Die Verwaltung einer Stadt vom Umfang Magdeburgs? Man liest vom Magistrat, vom Oberbürgermeister, von der Stadtverordneten-Versammlung. Der gute Bürger kennt auch das Bureau, wo er seine Steuern bezahlen muß und weiß, daß im Rathaus noch manche andre Schreibtische besteht. Aber von dem Umfang und der Vielgestaltigkeit der Verwaltung hat er in der Regel keine Vorstellung. Die würde ihm einbringlich ein Gang durch das städtische Bureaubedarfamt vermitteln. Hier zeigt es, welche Menge an Papier, Formularen, Büchern, Linie, Federn und Schreibhilfen aller Art gebraucht werden.

Das Bedarfamt hat 120 städtische Verwaltungsstellen und 72 Schulen zu versorgen. Die Rechnungen des Gas- und Elektrizitätswerkes, Steuerzettel, Gebührenformulare, Vorlagen für die städtischen Kollegien, Haushaltspläne, Zeichnungen vom Hochbauamt und Tiefbauamt, Haupt-, Kassen-, Kontrollbücher, alles druckt das Bedarfamt. Es versorgt die Schule mit Linie, Schwämmen, Kreide und andern Utensilien; gibt armen Schülfern Schreibhefte, Meißelsteife, Stahlfedern und Griffel.

Daneben werden die schadhaften Bücher der städtischen Bibliothek hier repariert, Verwaltungsbücher eingebunden. Eine mechanische Werkstatt repariert die Fahrräder der Stadt, die Schreibmaschinen und andre kompliziertere Apparate der Verwaltung.

Das Bedarfamt in seiner jetzigen Organisation und seinem jetzigen Umfang ist in der Nachkriegszeit geschaffen worden. Die Stadt hat vorher selbstverständlich schon Bücher, Formulare und andre Schreibmaterialien in großer Menge gebraucht. Sie ließ in Privatdruckereien Vorlagen, Haushaltspläne und Formulare drucken, in Buchbindereien ihre Bücher binden. Als technische Hilfsmittel besaß die Verwaltung nur vier Steinbruchdruckpressen, die im autographischen Druck Zeichnungen, Tabellen und Formulare vervielfältigten. Eine grundsätzliche Gegenwart gegen die „Kommunaldruckerei“ bestand also nicht, die Stadtverwaltung der Vorkriegszeit hatte sie eingerichtet, nur ganz leistungsfähig und rüstständig. Als der sozialdemokratische unbesoldete Stadtrat Finke das Dezernat über das Bureaubedarfamt bekam, jagte er sich: entweder Einrichtungen schaffen, die technisch auf der Höhe sind und darum einen Sinn haben, oder den Betrieb ruhen lassen und die Versorgung in anderer Art regeln. Dies letztere war unmöglich. Die gesamte Versorgung der Verwaltungsstellen Privatfirmen zu übertragen, wäre gar nicht ausführbar gewesen. Eine Kraftverteilung und eine Erschöpfung der gesamten Verwaltungsarbeiten wäre eingetreten. Gerade im Hinblick auf die Vermehrung der Verwaltungsgebiete und der Steigerung der Arbeiten an fast allen Dienststellen mußte die Versorgung mit Arbeitsmitteln und Material in schneller und billiger Art erfolgen. Aus diesen Erwägungen heraus ging man an den Ausbau und das Neorganisieren des Versorgungsamtes. Nun ist ein wirklicher Betrieb entstanden, mit Werkstelle, Maschinen und umfangreichen Lagerräumen.

In der Buchdruckabteilung laufen zwei Schnellpressen und kleine Hilfsmaschinen, in der Steindruckabteilung sind noch zwei Handpressen im Gang, daneben aber zwei Schnellpressen und eine Schleifmaschine. Die Buchbinderei ist nicht mehr zu den Kleinbetrieben in diesem Gewerbe zu rechnen.

Das Bureaubedarfamt beschäftigt im ganzen an Beamten, Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen 72 Personen. Ein notwendiger Kommunalbetrieb, durchaus kein „sozialistisches Experiment“. Für die ausgedehnte städtische Verwaltung eine zweckmäßige Hilfseinrichtung, die geschäftliche Umsicht und Organisations-talent erkennen läßt.

Briefsendungen nach dem Ausland.

Die Zahl der von den Absendern aus Unwissenheit oder Versehen unzureichend frei gemachten Briefsendungen nach dem Ausland ist außerordentlich hoch. Besonders Sendungen nach Orten in Pommern-Oberpommern und den übrigen Gebieten, die Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles verloren hat, oder die zu der früheren österreicherisch-ungarischen Monarchie gehört haben, werden unzureichend frei gemacht. Briefsendungen nach diesen Orten unterliegen gegenwärtig, von einigen Ausnahmen (Danzig, Litauen und Memelgebiet, Burgund, Oesterreich) abgesehen, durchweg den Weltpostvereinsregeln (Postkarten 15 Pfg., Briefe bis 20 Gramm gleich 25 Pfg.) oder besonders berechneten Gebühren.

Das Verzeichnis der Postanstalten und Eisenbahnstationen in Deutschland und der wichtigeren Orte im Ausland, das bei den Postanstalten eingesehen oder bezogen werden kann, gibt über die jetzige staatliche Zugehörigkeit der im Betracht kommenden

Das Ausschluß. Auch die vom Reichspostministerium heraus-
gegebene große Gebührenübersichtstabelle gibt einen Überblick
über die verschiedenen Gebührensgebiete.

Nach diesen Gebieten kommen nachstehende Gebühren in
Anwendung:

- a) Für Sendungen nach den an Polen abgetretenen
Orten Ostpreussens gelten die Auslandssätze
Postkarten = 15 Pfg., Briefsendungen bis 20 Gramm =
25 Pfg.);
- b) Sendungen nach Österreich unterliegen den Inlandsätzen
(Postkarten 5 Pfg., Briefe bis 30 Gramm = 10 Pfg.); zu
dem heutigen Österreich gehören nur die früheren Kron-
länder Ober- und Niederösterreich, Steiermark (ohne den
südlichen Teil), Kärnten, Salzburg, Nordtirol mit Vorarl-
berg und das Burgenland (mit Ausnahme von Ledersberg
und einigen benachbarten Postorten, die zu Ungarn ge-
kommen sind);
- c) Sendungen nach der Tschechoslowakei und Ungarn unter-
liegen im allgemeinen den Inlandsätzen, für Briefe,
Postkarten und Flinderschriftsendungen besteht jedoch eine
ermäßigte Gebühr (Postkarten 10 Pfg., Briefe bis zu
20 Gramm = 20 Pfg.). Zur Tschechoslowakei gehören das
böhmisches Länder, Böhmen, Mähren, der westliche Teil
des früheren Österreichisch-Schlesien sowie ein Teil des
nördlichen Ungarns; Ungarn hat außerdem einen großen
Teil seines früheren Gebiets mit Siebenbürgen an Ru-
manien verloren, einen andern Teil sowie Armeenien und
Blatonien an Jugoslawien abtreten müssen;
- d) für Sendungen nach Galizien und dem östlichen Teile des
früheren Österreichisch-Schlesien, die an Polen, nach der
Autonoma, Siebenbürgen und dem östlichen Teile des
früheren Ungarns, die an Rumänien, nach Krain, dem süd-
lichen Teile des früheren Ungarns und Bosnien-Herze-
gowina, die an Jugoslawien, nach Süditalien und dem Küsten-
land mit Syrien, die an Italien gefallen sind, gelten die
Auslandssätze (Postkarten 15 Pfg., Briefe bis 20 Gramm
gleich 25 Pfg.).

Briefsendungen nach diesen Gebieten, die offensichtlich aus
Unwissenheit oder Versehen unzureichend frei gemacht sind, wer-
den den Absendern nach Möglichkeit zur Verhelfung der
Freigebühr zurückgegeben, doch lassen sich dabei Verzögerungen
nicht vermeiden.

— **Das Großstadt-Problem.** Am 18. Februar wird im
Reichstagen der Vorbericht (Nacht der Wirtschaftsausschüsse) über die
Zurückführung der in einem Vertrag über Großstadt-Probleme
im nordamerikanischen Bereich...

— **Die Vertretung des Konsumvereins für Sudenten.**
Venedig und Reform findet heute in der Stadt, sondern am
nächsten Dienstag den 24. Februar, Lutherstraße 24 statt.

— **Befreiungsscheine für ausländische Arbeiter.** Der
preussische Minister des Innern gibt in einem Rundschreiben an die
zuständigen Behörden einen Erlaß des Reichspräsidenten des Reichs-
arbeitsverwaltungsamt bekannt und weist hierbei die Reichsbehörden
an, den ausländischen Arbeiter, die für längere Zeit oder zur
Arbeitsaufnahme in das Ausland zurückkehren, den Befreiungsschein
bei der Erteilung des Ausreisevisums abzugeben. Aus
dem Erlaß des Reichspräsidenten der Reichsarbeitsverwaltung teilt der
Reichspräsident mit: Falls der Inhaber eines
Befreiungsscheines wieder ins Ausland zurückkehrt, so wird zu
prüfen sein, ob es sich nur um einen vorübergehenden
Aufenthalt handelt. Als Nachweis hierfür wird bei den
bestehenden Passvorschriften zu verlangen sein, daß der
ausländische Arbeiter mit einem ordnungsmäßigen, mit Einreise-
und Wiedereinreise-Schichtenwert versehenen Pass ausgestattet ist,
aus dem die Absicht des nur vorübergehenden Aufent-
halts im Ausland ersichtlich ist. Ist ein derartiger Nachweis
erbracht, so behält der Befreiungsschein auch nach der
Rückkehr des ausländischen Arbeiters seine Gültigkeit.
Reist dagegen der Inhaber eines Befreiungsscheines zum längeren
Aufenthalt oder für unbestimmte Zeit oder zum Zweck der Arbeits-
aufnahme oder unter Vertretung der für die Ausreise und Wiederein-
reise geltenden Passvorschriften ins Ausland, so scheidet er da-
mit aus dem dem freien Arbeitsmarkt und dem deutschen Wirt-
schaftsleben aus, und der Befreiungsschein verliert seine Gültig-
keit. Kehrt der Ausländer später nach Deutschland zurück, so
unterliegt seine Beschäftigung den gleichen Bestimmungen wie die
Beschäftigung der übrigen ausländischen Arbeiter.

— **Die preussischen Gewerkschaften im Jahre 1924.**
Das Amtsblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung veröffent-
licht eine umfangreiche Übersicht über die Gewerkschaften, die im
Jahre 1924 in Preußen vorhanden waren. Die der Amtliche Preussische
Regierung daraus mitteilt, gab es insgesamt 63 Gewerkschaften.

Die Heimatlosen.

Erzählung aus einer armen Gasse.
Von Gottfried Winkel.
(2. Fortsetzung.)

Am folgenden Morgen ging Sabine auf den Markt nach
Hefelberg, und die Mutter, die einiges selbst zu besorgen
wünschte, ging ausnahmsweise mit. Die junge Frau dachte, daß
sie vor der Mutter ihr Gewissen nicht bewahren dürfe und fragte
also: „Sag, Mutter, wie kam es denn, daß du ohne Mühe mit
dem Vater geirrt wurdest, denn was wartest du denn auch?“
„Ach Gott, Kind,“ antwortete Maria, „in der Kriegszeit
gab's allewege nicht viel umhände; nach Geld und Gut fragte
keiner niemand. Dein Vater und ich wir gingen zu einem
Feldwarter und sagten: „Kram und das ist er und damit war's
gut; der Vater war froh, daß wir uns nur die Mühe geben, ihn
um seinen Segen zu bitten.“
„Du hast es also leicht gehabt, Mutter. Denn aber der
Vater nicht sagte, was hätte die Du geirrt?“
„Siehe Sabine,“ antwortete Maria, „du mußt Deine Mut-
ter nicht in Verachtung führen. Du weißt, was über die Sache
im Soldatenkrieg heißt.“
„Mutter,“ sagte die Tochter, „ich frage dich nicht nach dem
Soldatenkrieg, sondern nach Deinem Kram. Hast du den Sa-
ter gehen lassen, wenn du nicht getrunken wurdest?“
„Nein,“ sagte Maria, „ich habe ihn zu tief geirrt. Aber
damals fragte man auch nicht einmal nach dem Geiz wie jetzt.
Bei uns Gemeinen ist das immer schon gewesen: man hat sich
mit im Walde und hernach zeigt man's nur dem Hauptmann an.“
„Ach, Mutter,“ sagte Sabine jetzt heutzutage, „so hab ich auch
gesehen, und das ist ja jetzt nicht mehr das selbe.“
Die Mutter lächelte ihrer Tochter bekümmert ins An-
sicht.
„Sabine,“ sagte sie, „ich sollte dir heute schon das ich wüßte
denn, daß es so kommen würde, und es konnte auch nicht
anders kommen. Aber du kommst mich, denn Du wirst ja rechtlich
heute leiden müssen.“
Mutter Maria konnte los lassen und sie vernachlässigen;
sie sagte die Wahrheit. Und der armen mühseligen Liebe jetzt
sich jedes Fleckchen, und da hernach nur wenige Herze die
Kram haben, sie zu gewinnen, ist erst recht in der neuen Ge-
schehnisse ein Wunder gegen jeden. Der es wagt, nur einer solchen
Liebe willen der menschlichen Gesellschaft, ihrer Arbeit und
Gemeinschaft zu trocken. Dieses Wort glaubte seine Lage zu ver-
bessern, indem es einem unerbittlichen Schicksal zeigt; aber es
hätte sie im Gegenteil womöglich noch verschlimmert.
Schicksale wie dieses werden auf dem Wege sehr leicht
bekannt. Was bei Sabine ein ganz freier, ja ein scheinbarer und
früher beschäufeltes war, wurde ihr als Schwärze und Leidi-
gehm angedeutet; man sah darin nicht als eine Hoffschmerz-

Der größte dieser Verbände ist der Zentralverband deutscher Bäder-
einigungen Germania in Berlin, der 1978 Innungen mit 65 320 Ver-
bandsmitgliedern umschließt. Ihm folgt der Bund deutscher Schuh-
macherinnungen in Berlin mit 675 Innungen und 53 749 Mitgliedern.
In dritter Stelle steht der Deutsche Fleischerverband mit dem Sitz in
Mölin, der 1302 Innungen mit 55 921 Mitgliedern umschließt.

— **Die Geschäfte der Parteieinigungsämter im Jahre
1923.** Die 13 in Preußen bestehenden Parteieinigungsämter
haben, wie der Amtliche Preussische Regiererrat mitteilt, nach einer
vom Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf-
gestellten Uebersicht im Geschäftsjahre 1923 von 196 650 anhängig
gebliebenen Nachschuldsachen erledigt durch Vergleich 42 930, durch
Beschluss 28 124, auf sonstige Weise 85 520, durch Vorbescheid 16 21,
in der Beschwerdevormittlung 5614. Unerledigt waren am Jahres-
schlusse noch 32 721 Nachschuldsachen.

— **Ausfahrten.** Der Tischlermeister Robert Bretschneider
wurde am Dienstag morgen in der Lübecker Straße von einem Rad-
fahrer so unglücklich angefahren, daß der Meister hinfällig und eine
lebenslangliche Gehirnerschütterung erlitt. Im Betrunkenen Zu-
stand wurde der Verunglückte ins Krankenhaus Alstadt gebracht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Wetzlar. Heute Dienstag abend 8 Uhr Sitzung sämtlicher
Sonderabteilungen, Sturmbühnen und Kassierer bei Dorndorf.
Abteilung Gießen. Am Mittwoch den 18. Februar, abends 8 Uhr,
Mitgliederbesprechung bei Hoffmeister, Zu- und Gassenführer 1/2 Std. früher.
Abteilung Friedberg/Lahn. Am Mittwoch den 18. Februar,
abends 8 Uhr, Besprechung bei Graßmann. Erscheinen ist Pflicht.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Die Werke und Werke (Sinfonie?) Mittwoch den 18. Februar, abends
8 Uhr, Sinfonie-Orchester (Sinfonie) „Lieber Stadtjugendling“ mit Elor-
vidern, im Saale des Westfahrtsamts I, Nr. 21, Neuer Weg 12.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend- und Magdeburg.
Bureaustunden Freitag von 5 bis 7 Uhr im Jugendsekretariat, Br. Mühlstr. 3,
Achtung! Baden fällt am Sonntagabend aus.
Gruppenleiter: Verteilungen auf den Führer und
auf Karen zur Totelfeier am 1. März müssen bis Frei-
tag den 20. Februar bei Paul Nischelmann abgegeben werden. Von
den Totelfeier-Kartens nicht nur eine geringe Anzahl zur
Verfügung. Spätere Verteilungen können nicht berücksichtigt werden.
Hermerleben: Mittwoch den 18. Februar keine Ver-
sammlung. Dienstag: Funktionärsitzung.
Alle Neuprodukte: Am Mittwoch 8 Uhr Singen in der
Schule Stenardstraße.
„Die Biene“, Jakobstraße 49! bedt jeden Bedarf
für den 22. Februar.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Kundgebungen gegen das Sperrgesetz.
Die dem Reichstag vom Reichsfinanzministerium vorgelegte
Denkschrift über das Besoldungssperrgesetz hat in der
gesamten deutschen Kommunalbeamtenenschaft eine starke
Beunruhigung hervorgerufen. Überall finden in diesen Tagen
große Kundgebungen gegen die Absicht der Reichsregierung, die
Gültigkeit des Sperrgesetzes auf zwei Jahre zu ver-
längern, statt.
Die dem Allgemeinen deutschen Beamten-
bund angehängte Reichsgewerkschaft deutscher Kom-
munalbeamten hat in einer Denkschrift zu dem allgemeinen
Inhalt der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums Stellung
genommen. Sie hat es für wirksamer gehalten, nicht auf alle
Einzelheiten der Denkschrift einzugehen, sondern lediglich die all-
gemeine Einstellung der Denkschrift zu beleuchten und damit den
beamtenständlichen Standpunkt des Reichsfinanzministeriums
festzustellen.
Die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten wird
in dem Augenblick, wo der Reichstag oder der 14. Ausschuss die Frage
des Sperrgesetzes behandelt wird, zu einer öffentlichen Kund-
gebung gegen jede Verlängerung des Sperrgesetzes aufrufen.
Sämtlichen Reichs- und Landesparlamenten, Parlamenten und den
einzelnen Fraktionen ist die Gegendenschrift zugestellt worden.

Die Moskauer Können kommen.
Der Exekutivausschuh der Amsterdamer
Internationale hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die
Aufnahme der russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer
Internationale zuzulassen, falls Moskau ein Anschlussgesuch an-

Amsterdam richtet und der Anschlag auf Grund der Sta-
tuten des Internationalen Gewerkschafts-
bundes erfolgt.

Das ist die klipp und klare Antwort der Amsterdamer Ge-
werkschafts-Internationale auf die verlorene Einigungsparole von
Moskau und ist sinnig eine Wiederholung des Beschlusses
auf dem Wiener Kongreß, der auf Anregung der Engländer sich
mit dieser Frage beschäftigte.

Witterweise haben sich die Dinge reichlich geklärt und die
neue Taktik der Bolschewisten zur Eroberung der Gewerkschaften
unter der Schmutzflagge der Einheitsfront ist in allen
Richtungen enthüllt worden. So erklärte Sinowjew kürzlich in
einer Rede über das Zusammengehen mit den Amsterdamer,
daß er wert wäre, zum Teufel gelagt zu werden, wenn er la-
sächlich eine ideologische Einigung mit Amsterdamer anstreben
würde. Da die kommunistischen Gewerkschaften außerhalb nicht
andres als ein Anhängel der bolschewistischen Partei und ihrer
Regierung sind, gilt diese offene Antwort Sinowjews natürlich
auch für sie.

Die jetzige Schwärzung der kommunistischen Partei Russ-
lands in der Gewerkschaftsfrage ist eine glatte Kautron-
klärung ihrer bisherigen Taktik, der „Schwammere“, wie sie
von Moskau getauft wurde. Statt an die Massen heranzu-
kommen, haben die Kommunisten durch die Propaganda-
des Massenaustritts sich selbst von der Arbeiter-schaft
isoliert und den großen Parteien der Internationalen ver-
stärkt. Nun haben sie auf der ganzen Linie zum Rückzug
und fordern von ihren Mitgliedern unter Androhung scharfer
Zwangsmassnahmen die Rückkehr in die Gewerkschaften. Ver-
nünftige Funktionen, die dieser Aufforderung nicht Folge leisten,
sollen von allen Ehrenämtern in der Partei ausgeschlossen
werden.

Das Spiel ist zu plump, es nicht durchschaut zu werden.
Die Gewerkschaften werden sich hüten, von neuem den Tummel-
platz für die kommunistische Propaganda abzugeben. Die Mos-
kauer können kommen, wenn sie bereit sind, echte Gewerks-
chaftsarbeit zu verrichten. Sie mögen draußen bleiben, aber
werden wieder hinausgefördert, wenn sie diese Arbeit durch-
zuführen weigern. In den einzelnen Gewerkschaften als
auch als Ganzes in der Internationale.

Aus der Partei.

Parteiausschuh. Der Parteiausschuh der Sozialdemokra-
tischen Partei trat am Montag im Reichstag zur Erörterung der
verschiedenen Fragen zusammen. Er nahm u.a. einen Bericht
des Genossen Partels über die Regierungsbildung zu
Prenzen entgegen. Eine Entschließung wurde und gefaßt.
Anschließend wurden organisatorische und finanzielle Fragen er-
örtert. Am Dienstag wurden die Beratungen fortgesetzt.

Briefkasten.

Aus Verschiedene. Die Gerichte, wonach das Reichsbanner an die
Magdeburger Eisenbahn für den Sonntag irgend eine Entschädigung zahlen,
rennen auf s indiosen, dummen Geschwäg.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)



Was lese ich?

Die neuesten Zeitschriften.
Die Literatur, Heft 3. — Der deutsche Rundfunk, Heft 7. — Prota-
tische Oamen- und Kindermode, Heft 52. — Reichsbergsorganisations-
Nr. 4. — Mitrosomos, Heft 5. — Junge Gemeinde, Nr. 7. — Zu ent,
Heft 7. — Soz. Jugend- international, Nr. 2. — Der Rabbin-aktuelle,
Heft 7. — Die schaff. neue Frau, Heft 6. — Die Ostende, Sonderheft „Das
Bureau.“ — Die Baumfeste, Heft 46.

Buchhandlung Volksstimme.

ein Schritt heißt. Nur das Mutterherz verweigerte sich nicht
mal; Mutter Maria, obwohl sie klarer als alle überlebte,
welch ein Schlag ihr Haus und ihr Geschick getroffen habe,
rechnete die Verschuldung der Welt nicht ihrer Tochter an.

Die Natur erwidert auch das große Leid mit ihren unerschö-
baren Gaben. Im Frühling brachte Sabine ihrem Namen sein
erstes Kind, einen schönen Jungen, mit den reinen dunkelbraunen
Augen der Mutter. Zwar war es ein trauriges Vorzeichen, daß
als Taupate der Totengräber genannt werden mußte, weil
kein anderer Mann dafür sich auffinden ließ. Auch ging das Ge-
rede im Dorfe von neuem und bitterer als zuvor los. Gerade
die Frauen, die den ein Obdach suchenden Valentin am hässlich-
sten aus ihren Häusern gewiesen hatten, äußerten jetzt den
wichtigsten Angriff darüber, daß das Paar nicht weniger unter
unter ein Dach gezogen sei, damit die Sache doch noch einen
scheinbaren Gehstand an sich hätte. Aber es ist mit Kindern doch
ein wunderlich Ding, zumal wenn sie hübsche Augen haben: sie
stehlen auch den bösesten Leuten zuweilen das Herz, und leicht
geschäuft es, daß sie uns mit der Welt und die Welt mit uns ver-
schönen. Die Mutter Maria war im höchsten Grade glücklich
über den Erfolg, und auch die Tochter trug ihre Abneigung nicht
auf das unglückliche Kind über. Ganz selig aber war Valentin,
und beide Ehegatten gelobten von neuem auf das Haupt des
Knaben sich unerschütterliche Treue und den höchsten Fleiß, um
ihm eine berechnete Stellung im Leben zu verschaffen.

Zu diesem Zwecke sagte Valentin einen Entschluß, den man
unter diesen Umständen fast einen verzweifelten nennen konnte.
Was hätte er sich noch ganz wohl als Schlichter und Treuhänder
erhalten; jetzt aber im Frühjahr ließ die Arbeit nach und er
mußte von seinem Gelde zehren. Die Ungunst der Nachbarschaft
erwiderte sich auch auf ihn; er nahm sich mit blühendem Geiz
vor, anstätt Arbeit zu suchen und sein Weib mit ihrem Kram-
mer allein zu lassen. Nach einem herzzerreißenden Abschied ging
er in die ferne Stadt und arbeitete dort den Sommer über
an der Eisenbahn nach Kaiserlautern, was gut bezahlte wurde.
Im Herbst kam er mit einer ansehnlichen Handvoll Gulden zu-
rück nach Hause; aber nun gab es in den Wintermonaten gar
keinen Verdienst, und er fand die Familie stark im Zurückgehen.
Die Abneigung der Gemeinde trug ihre giftigen Früchte. Und
Lotte Sabine wegen des Kindes die Marktgänge nicht regelmä-
ßig mehr tun; die älteste Schwester war zu schwächlich, sie
jüngere nicht soviel und munter genug zu dieser Art von Ge-
schäften. Während Valentin auf den Entschluß dieses Amtes Ver-
pflichtet gebaut hatte, sah er jetzt gerade umgekehrt sich genötigt,
seine Frau mit seinem Verdienste zu unterstützen. Im Früh-
ling war kein halber Gulden mehr in seiner Tasche, und Valentin
mußte von neuem auf die Eisenbahn wandern. Alle Aussicht, je
die nötige Summe zusammenzubringen, war dahin, und mit
dumpfem Schmerz der Hoffnungslosigkeit nahm der Vater die-
mal von Weib und Kind Abschied.

(Fortsetzung folgt.)

Diktaturgelüste der Regierungsmänner.

Die Montagsitzung des Reichstags erlebte drei ministerielle Jungferreden. Sowohl der neue Reichsfinanzminister von Schlieben wie der neue Reichsminister des Innern Schiele, nahmen zu wichtigen verfassungsrechtlichen Fragen Stellung, und zwar in einem Geiste, der die höchste Aufmerksamkeit erfordert.

den Reichstag möglichst zu umgehen, hatte sie durch den Reichspräsidenten eine Verordnung über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände ergehen lassen. Die Tendenz der Verordnung, die Stabilität der deutschen Währung zu schützen, ist anzuerkennen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Gied wies diesen Mißbrauch des Artikels 48 zurück, der nur in Anwendung gebracht werden darf, wenn wirklich Sicherheit und Ordnung des Landes gefährdet sind.

ein Notverordnungsrecht schaffen für die Zeiten, in denen das Parlament nicht versammelt ist. Man wird ja erleben, was für einen Gesekentwurf die Reichsregierung dem Reichstag vorlegt.

Gegen diese Ministerreden wandte sich nicht nur der Demokrat Dietrich, sondern auch in zwei temperamentvollen, das Haus lebhaft bewegenden Reden der Abgeordnete Wirth. Er verspottete die Deutschnationalen, die als Oppositionspartei immer gegen so weitgehende Anwendung des Artikels 48 gewesen seien.

Der Beifall nach der Rede Wirths war stärker bei den Sozialdemokraten als in den Zentrumsparthei. Der Deutschnationale Graf Westarp sah sich zu der Erklärung gezwungen, sie seien nach wie vor Gegner der weitgehenden Anwendung des Paragraphen 48, aber in diesem Falle habe die Regierung nicht anders handeln können.

Der sozialdemokratische Antrag, die Verordnung des Reichspräsidenten anzuhängen und sie durch einen regelrechten Gesekentwurf zu ersetzen, wurde dem Ausschuss überwiesen.

Dann trat das Haus in die Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums ein. Der Berichterstatter Luag, der immer wieder aus der Rolle fiel, gab keinen offiziellen Bericht, sondern hielt eine deutschnationale Parleirrede. Im wesentlichen jagte er daselbe, was er schon im August 1924 gegen den Dawesplan gesagt hat.

Sitzungsbericht.

Präsident Lobe eröffnet die Montag-Sitzung des Reichstags um 3.25 Uhr und macht Mitteilung von einem Telegramm der tschechoslowakischen Deputiertenkammer anlässlich der Vertreibung der tschechischen Bevölkerung aus der Sudetenlandprovinz.

Die Beratung des Antrags Müller (Franken, Soz.) auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände und den zu dieser Frage eingebrachten sozialdemokratischen Gesekentwurf wird darauf fortgesetzt.

Reichsfinanzminister Schlieben

bedauert, daß er wegen dringender Geschäfte an der Sonnabend-Verhandlung nicht teilnehmen konnte. Der Minister geht dann auf die sozialdemokratische Beschwerde ein, daß diese Materie auf dem Verordnungswege geregelt worden sei.

Nicht aber in allen Ländern sieht den Aufsichtsbehörden ein entscheidender Einfluß auf die Gemeinden und Gemeindeverbände zu. Insbesondere unterliegen in Preußen und Sachsen die öffentlichen Verbände nur einer bedingten Aufsicht.

Reichsminister des Innern Schiele

erläutert im einzelnen die Anwendung des Artikels 48, der den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet wird.

der politischen und wirtschaftlichen Lage und infolge der Unmöglichkeit, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung einzuhalten, sind einzelne solcher Verordnungen unerlässlich gewesen.

Der Minister kündigt einen Gesekentwurf an, durch den der Reichsregierung unter bestimmten Umständen ein

Notverordnungsrecht

für die Dauer der Abwesenheit des Reichstags gegeben wird. Der Entwurf liegt bereits dem Reichskabinet vor. Zweifelsfragen beziehen sich vor allem auf den Umfang der Rechte der Länder.

Abg. Dietrich (Waden, Dem.) glaubt, daß der Artikel 48 zu Unrecht angewendet worden sei. Das gelte besonders von den Steuer- und Aufnahmeangelegenheiten.

Abg. Wirth (Ztr.) weist darauf hin, daß die Regierung zwar gegen Gemeinden vorgegangen sei, aber nicht gegen Wirtschaftskorporationen. Die Wirtschaft habe Auslandsanleihen genommen, und was der Wirtschaft recht sei, müsse den Gemeinden billig sein.

Abg. Graf Westarp (Dt.-natl.) fordert Beratung der Vorlage im Haushaltsausschuß. Er erinnert daran, daß die früheren Regierungen mit sozialdemokratischen Ministern den Artikel 48 auf Wirtschaftsangelegenheiten angewendet haben.

Abg. Kahl (Dt. Vp.) bittet um baldige Vorlegung des angeklündigten Gesekentwurfs.

Die Abgg. Dietrich (Waden, Dem.) und Wirth (Ztr.) verwahren sich gegen Mißdeutung ihrer Reden durch Graf Westarp. Abg. Gied (Soz.) erkennt die formale Begründung des Reichsinnenministeriums nicht für ausreichend an.

Die Anträge gehen dann an den Haushaltsausschuß. Die zweite Sitzung des Reichshaushaltspaus wird darauf fortgesetzt beim

Reichsverkehrsministerium.

Hierzu liegen zahlreiche Entschickungen und Anträge vor. Ein Antrag Luag (Dt.-natl.) fordert die Reichsregierung auf, dahin zu wirken, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft in ihrer Wirtschafts- und Rechnungsführung durch den Rechnungshof nachgeprüft wird.

Abg. Scholz (Dt. Vp.) verlangt, daß der Ausnahmestempel für Eisen und Stahl zur Ausfuhr über See um mindestens 50 Prozent ermäßigt wird.

Abg. Schull (Promberg, Dt.-natl.) fragt, ob dem Wunsche des Ausschusses Rechnung getragen und ob ein Vertreter der Reichsbahngesellschaft anwesend sei.

Verkehrsminister Krohne erklärt, daß er diesen Wunsch der Reichsbahngesellschaft mitgeteilt und die Antwort erhalten habe, daß der Verwaltungsrat nicht in der Lage sei, einen Vertreter zu den Reichstagsitzungen zu entsenden.

Schwierigkeiten von anderer Seite gemacht

würden. (Erneutes Hört, hört!) Er sei aber bereit, einen Vertreter zu den Ausschusssitzungen zu schicken.

Abg. Luag (Dt.-natl.) berichtet dann über die Ausschusshandlungen. Der Redner stellt fest, daß an Stelle des Eisenbahnhaushalts jetzt im Etat ein weißes Blatt vorhanden sei. Die Reichsbahn sei internationalisiert worden, anders könne man es nicht bezeichnen, wenn man die Form beiräde, die ihr durch das Dawes-Abkommen gegeben sei.

Reichsverkehrsministers Krohne gibt dann einen Heberblick über die Aufgaben seines Ministeriums. Wenn auch die Reichsbahn dem Verkehrsministerium verlorengegangen sei, so bleibe doch noch ein großes Arbeitsfeld übrig.

Der Minister erklärte, er habe keinen Grund zu der Annahme, daß in dieser Hinsicht irgendwelche Schwierigkeiten von der Reichsbahn kommen werden.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Ein kommunistischer Antrag auf Freilassung des Abg. Schämann (Komm.) wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Dienstag 2 Uhr Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Nachrichten aus der Provinz.

Fürsorgetagung der Wohlfahrtsämter.

Die leitenden Beamten der Wohlfahrtsämter der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt waren zahlreich am 14. Februar im Rathhaussaale in Magdeburg zusammengekommen, um zu den neuen Grundrissen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom Dezember 1924 Stellung zu nehmen.

Regerungsrat Dr. Richter vom Reichsarbeitsministerium besprach die Reichsarrindüsse der gedachten Art. Im allgemeinen erörterte er die Abweichungen von bisherigen Recht, die Entstehung und den Zweck der wichtigeren Bestimmungen und die insoweit laut gewordene Kritik.

richtungen. Was geleistet werden muß, was zum notwendigen Lebensbedarf gehört, richtet sich nach der Besondereit des Einzelfalles. Besonders gehören jetzt auch Maßnahmen zur Erwerbsbefähigung dazu.

Strittig ist immer gewesen, ob und wie man Leistungen der privaten Wohltätigkeit und der Arbeitgeber anrechnet. Die Frage ist jetzt dahin geregelt worden, daß solche Zuwendungen vom Fürsorgeverband nicht angerechnet werden sollen.

Der Begriff des „Kleinrentners“, ist derselbe wie bisher geblieben. Bei den Kleinrentnern sind einige Ausnahmen zugelassen worden über die Rückforderung der gewährten Unterstützung, der Verwertung des vorhandenen Vermögens usw.

Hierauf sprach Ministerialrat Mittelshöfer vom preussischen Wohlfahrtsministerium über die preussische Verordnung über Fürsorgeleistungen vom 20. Dezember 1924. Der Redner erörterte auch zunächst die Frage der Differenzierung der Fürsorge nach den verschiedenen Gruppen der Hilfsbedürftigen.

Die beiden Referenten beantworteten hierauf eine Anzahl von Fragen, die von Versammlungsteilnehmern schriftlich eingereicht worden waren. Sie betrafen die Frage des Begriffs des Kleinrentners, die Verteilung der Kosten eines Kreises auf die einzelnen beteiligten Gemeinden, die Fürsorgepflicht für Arbeitsbeschädigte, die Vereinfachung des Geschäftsverkehrs, die Pflichtlingszuweisung usw.

Kreis Wangleben.

Klein-Otterleben. Der Schweineversicherungsverein Klein-Otterleben und Umgegend hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erklärte den Jahresbericht, der sich als sehr günstig erweist, weil im Geschäftsjahr 1924 kein einziges Tier eingegangen ist.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Werte Genossen und Genossinnen! Unter dem 3. Februar ist durch ein Rundschreiben den Ortsvereinen mitgeteilt worden, daß der März ein Werbemonat ist. Es sollen vom 1. bis 14. März öffentliche Versammlungen stattfinden.

Dahlenwarsleben. Gemeindevorsteher-Sitzung Mittwoch den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Deumeland.

Wadelben. Wichtige Parteiverammlung am Donnerstag den 19. Februar, abends 8 Uhr, bei Siewers.

Alt- und Neuhaldensleben. Die Ortsauschusssitzung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes waren 29 Delegierten besetzt. Der Vorsitzende, Genosse Wintzer, gedachte der Opfer des Grubenunglücks bei Dortmund.

Die leitenden Beamten der Wohlfahrtsämter der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt waren zahlreich am 14. Februar im Rathhaussaale in Magdeburg zusammengekommen, um zu den neuen Grundrissen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom Dezember 1924 Stellung zu nehmen.

aus den Kollegen Hermann Koch, Otto Falke, Fritz Meier, Fritz Lippe und Otto Pollburg; die Bibliothekscommission aus den Kollegen Fritz Rogge, Joseph Kolb, Lorenz Graf, Karl Werner und Otto Wesemann. Es wurde beschlossen, der neugegründeten Lesegesellschaft mit einigen Anleihen beizustehen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Bibliothek um einhundert Bücher verstärkt ist; es können nunmehr auch alle Ansprüche in Sachliteratur (Romane) befriedigt werden.

Neuhaldensleben. Die Generalversammlung des Konsumvereins war so gut besucht wie seit Jahren nicht. In Vertretung des Vorsitzenden, Genossen Friederich, leitete Genosse Feldmann die Versammlung. Der Geschäftsbericht für das 33. Geschäftsjahr wurde vom Geschäftsführer, Genossen Prüfer vorgelesen. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Juli 1924 1040. Geschäftsbericht und Bilanz wurden einstimmig genehmigt. Nach Zahlung von 5 Prozent Rabatt laut Statut verließ noch ein Reinertrag von rund 338 Mark, deren Verteilung nach dem Vorschlag der Verwaltung ebenfalls einstimmig genehmigt wurde. Alsdann berichtete Genosse Prüfer über den ausgeführten Bau des Schlachthauses, der fertig ist, so daß seit Wochen schon im Schlachthaus geschlachtet werden kann. Es fehlen noch einige Maschinen, um die Einrichtung zu vervollständigen. Allen Mitgliedern kann nicht warm genug empfohlen werden, ihren Bedarf an Würstchen usw. im eigenen Geschäft zu decken. Nach Erledigung der Tagesordnung fand ein gemütliches Beisammensein statt, wobei ein Lichtbildvortrag gehalten wurde, welcher 67 Bilder aus der deutschen Genossenschaftsbewegung auf der Leinwand zeigte. Dazu wurde den Anwesenden eine Tasse Kaffee und einige Kuchen aus dem Geschäft zur Probe überreicht. Die Bilder, welche vor allen Dingen die produktiven Einrichtungen der verschiedenen Konsumvereine zeigten, fanden großen Beifall. Vor allen Dingen zeigten die Bilder, daß in den Betrieben der Konsumgenossenschaften die Arbeitsräume und Arbeitsbedingungen in sozialer und hygienischer Beziehung fortgeschritten sind. Besondere Beifall fand auch das Kindererholungsheim Haffstede der Hamburger Produktion, wo jährlich 11000 Kinder von minderbemittelten Mitgliedern bei guter Nahrung und Erziehung kostenlos für die Eltern gepflegt werden. Alles in allem dürfte die Generalversammlung mit dem Lichtbildvortrag ein neuer Impuls gewesen sein für die Genossenschaftsbewegung in Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben. Die Stadtverordneten-Sitzung am Mittwoch abend 8 Uhr im Rathhaus-Sitzungsraum wird sich mit folgender Tagesordnung beschäftigen: Außerordentliche Interpellation der Gemeinderäte; Interpellation über die Konsumvereine; Beschlußfassung zu dem Antrag des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsbundes über Entlohnung der Arbeiter usw. nach Klasse B; Erweiterung des Elektrizitätswerks und Beschlußfassung über die Kosten der Einrichtung für höhere Lehranstalten für praktische Landwirte im Seminargebäude; Ermäßigung der kommunalen Steuer. Die Tagesordnung ist so reichhaltig und interessant, daß sich ein Besuch dieser Stadtverordneten-Sitzung lohnen wird. Für die Magistratsmitglieder und Stadtdirektoren der sozialdemokratischen Fraktion findet heute (Dienstag) abend 8 Uhr eine Fraktions-Sitzung statt, zu der alle Fraktionsgenossen erscheinen müssen. — **Mißglückter Einbruch.** In der Nacht zum 14. Februar verübte ein Einbrecher in der Hauptpromenade in ein Haus einzudringen. Er hatte Verstecke mit, um die Haustür zu öffnen. Im Hausflur befand sich ein Fahrrad, auf das er es wahrscheinlich abgesehen hatte. Der Dieb wurde bei seiner Arbeit gefaßt und konnte nicht ausführen. — **Akrobatische Kunst.** Der Magistral gibt bekannt: Einige wenige gewonnene Gelder, darunter auch Kinderlöhne an der Borstmann Schenke, sind noch zu vergeben. Passagiere wollen sich in die im Rathhaus anstehende Bewerberliste eintragen lassen. Sämtliche Anträge auf Vornamensänderung sind zu stellen, da die frühere Vornameunterstützung überholt. Der von den Lesern Bedarf an Papiertafel hat, muß sich umgehend eintragen lassen. — **Bildungsberatung.** Der nächste Vortrag des Genossen Karstadt über Vervollständigung findet am Donnerstag den 19. Februar, abends 7 Uhr, in der 1. Knabenklasse der Mittelschule statt. Wir bitten die Teilnehmer, sich pünktlich einzufinden, damit der Vortrag um 8½ Uhr beendet sein kann, da am gleichen Abend eine Versammlung des Reichsbanners stattfindet.

Stadtteil Burg.

Eine allgemeine Genossenschaftsversammlung findet am Mittwoch abend 5 Uhr in der „Zentralhalle“ statt. Es ist die Pflicht jedes Genossenschafters, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Kreis Jericho 1.

Sommern. Kinderfreundlichkeit. Zu Hunderten folgte am Sonnabend unsere Arbeiterbrigade mit ihren Kindern der Einladung zum Schilddorfbildvortrag, den Genosse Philippsen (Magdeburg) im Gaidhof zur Sonne über „Kolonien und Kinderfreundlichkeit“ hielt. Die Bilder, die aus Berlin kommen, sprechen aus, was wir mehr oder weniger ähnlich überall erleben: die Not unserer Kinder, ihre oft rassistischen, gefährlichen Verhältnisse, die seelischen Gefahren, denen sie erliegen. Die bürgerliche Gesellschaft vermag trotz ihrer Wohlstandspflege gegenüber dieser Not. Über die Arbeiterbrigade beginnt zur Selbsthilfe zu streben. Im zweiten Teil des Vortrags sah man das Leben und Treiben in den Kindergruppen der Arbeiter-Kindervereine, erlebte man im Bilde, wie sie praktische Hilfe leisten, wie sie dafür sorgen, unsere Kinder in sozialistischen Geistes zu erziehen und vor allem mit den bürgerlichen Kreisen im täglichen Leben aufzunehmen. Der Beifall, den die zahlreich anwesenden Eltern, soll ein Zeichen dafür sein, daß auch Sommers Arbeiterfreundlichkeit bestrebt ist, am Werke der Arbeiter-Kindervereine mitzuwirken. Dazu wird der Abend ein heller Erfolg für Partei und Arbeiterbewegung gewesen sein.

Geschäft. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Versammlung am kommenden Mittwoch findet statt und wird hiermit in Erinnerung gebracht. In Anbetracht des bevorstehenden Bundesfestes am Sonntag und der jüngsten vorliegenden wichtigen Angelegenheiten ist das Erscheinen aller Kameraden Pflicht. Außerdem wurden hier alle die Kameraden, die noch nicht im Besitz einer Mitgliedschaft sind, jedoch auf Zeichnung sein lassen, verpflichtet werden und werden. Die Versammlung ist im Rathausamt, Rudiger, abends 12½ Uhr.

Kreis Halle.

Schwarz-Rot-Gold. Die Heimparabüchse der Spar-Kasse zur Sammlung von den kleinen Beträgen sind noch zu haben. Diese Einrichtung hat sich sehr bewährt. Die Freunde der Kasse, die mit ihren Sparbüchsen in der Hand alle den Weg zur Sparschlange, um man dort das Kapital ihres Sparens sammeln und das Geld, welches sie, sei es als Gehalt oder für verrichtete kleine Dienste erhalten haben, helfen können, ist demnach groß, daß man beim Sparen armüßlich an jeder Ecke des Landes Umwälzung nimmt. Eine solche

Heimparabüchse löst aber nicht nur die Freude der Kinder aus, sondern ist gleichzeitig ein einfaches und gutes Mittel für die Erziehung der Kinder zum Sparen und für eine spätere gute Wirtschaftsführung. Wir verweisen insbesondere auf die Weltanschauung der Sparkasse der Stadt in der heutigen Nummer der „Volkstimme“.

Stadtteil Ascherleben.

Aischerleben. Größere Truppen- und Nachrichtenübungen der Reichswehr finden Mitte Mai in dem Gelände zwischen Döberitz und der Saale statt. Infolgedessen muß hier mit einer größeren Einquartierung gerechnet werden. Die veränderten Wohnungsverhältnisse zwingen zur Aufstellung eines neuen Quartierskastens. Die Einquartierungsmöglichkeiten werden durch Verhandlungen in den einzelnen Häusern festgestellt. Die Zusammenlegung der Knabenmittelschule und der gehobenen Mädchenschule ist nicht so, wie ursprünglich geplant, durchgeführt worden. Als auf weiteres werden die beiden Schulen voneinander getrennt. Inzwischen werden der Knabenmittelschule Mädchenklassen angegliedert, und zwar jedes Jahr eine. Zwei sind schon vorhanden. Infolgedessen wird im Laufe der Zeit die gehobene Mädchenschule eingehen und die Knabenmittelschule wird zu einer gemeinsamen Mittelschule für Knaben und Mädchen. Der Leiter dieser kombinierten Schule bleibt Rektor Schmidt.

Altmarz.

Nechtingen. Einen guten Erfolg hatte der Arbeiter-Gesangverein Lieberkranz mit seinem Gesangskonzert am Sonntagabend. Zur Mitwirkung war der Fiedlerverein Einigkeit Neuhaldensleben erschienen. Der Nechtinger Verein, der erst seit November wieder Übungsabende abhält, zeigte trotz alledem gute Leistungen. Sowohl der Männer- wie auch der Gemischte Chor, unter der vorzüglichen Leitung des Genossen Richard Dornieden (Neuhaldensleben), haben gezeigt, daß auch in ländlichen Orten von Arbeiter-Gesangvereinen Gutes geleistet werden kann. Starke Beifall fanden außer den von den Neuhaldenslebener Chören vorgetragenen Chorliedern auch die Solo-Darbietungen der Sangeschwärmer R. K. und des Sangesbrüders Lemme. Der Abend war für alle Anwesenden mit seinen künstlerischen Darbietungen ein wirklich guter.

Salzwedel. Die Unterbezirks-Agitationskonferenz war gut besucht. Dem Funktionären wurde Gelegenheit gegeben, sich in zwangloser Form über das ganze Organisationsgebiet und die Parteiarbeit auszusprechen. Die Genossen mochten ausgiebig davon Gebrauch. Mit erfreulicher Deutlichkeit kam während der Verhandlungen immer wieder der feste Wille der Genossen zum Ausdruck, auch in der Zeit zwischen den Wahlkämpfen alle Kraft einzusetzen im Dienste der Partei und des Sozialismus.

Stendal. Arbeiterjugend. Heute (Dienstag) Zusammenkunft der Schülergruppe. Am Freitag Vortrag des Bezirksvorsitzenden Genossen Schmidt (Magdeburg) über soziale Fragen der Jugend. Am 2. Februar (Sonntag) Interfraktionsabend.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Furt. Die Versammlung des Reichsbanners war sehr gut besucht in Anbetracht der bevorstehenden Fahrt zum Bundesfest. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem Ergebnis des letzten Reichsbanner-Kameradenabends und der Vorbereitungen zum Bundesfest. Es wird erwartet, daß sich alle Kameraden am Bundesfest in Magdeburg beteiligen. Die Abfahrt wird wahrscheinlich Sonntag vormittag 8½ Uhr erfolgen. Nähere Anweisung wird noch in der Presse bekanntgegeben. Das Preisfest wird am 21. Mai in Burg stattfinden.

Samsungen. In öffentlicher Versammlung hielt Mittel-schullehrer Kamerad Karstadt (Neuhaldensleben) einen sehr lehrreichen Vortrag über die Verfassung. Leider war der Vortrag nicht so gut besucht, wie es notwendig gewesen wäre. Der nächste Vortrag findet am 7. März statt; hoffentlich ist die Versammlung dann besser besucht.

Schwenebeck. In einer sehr zahlreich besuchten Mitglieder-Versammlung des Reichsbanners hielt der Gaujugendleiter Kamerad Pape (Magdeburg) einen sehr interessanten Vortrag über „Das Reichsbanner, der Schutz der Republik“. Ingefaßte der Gefahren, die der deutschen Republik drohen, ist eine starke Reichsbanner-Organisation dringend notwendig. Die Jugendpflege im Reichsbanner wurde ausgiebig behandelt. Am Bundesfest in Magdeburg wird sich unsere Ortsgruppe sehr zahlreich beteiligen und mittels eines durchgehenden Sonderzugs um 8¼ Uhr morgens abfahren. Weitere Anordnungen über die Abmarschzeit vom Lokal ergeben sich noch vom Vorstand. Auch für die erwerbslosen Reichsbannerkämpfer ist gesorgt worden, damit sie unentgeltlich teilnehmen können. Zum Jugendleiter wurde Kamerad Baumgarten bestimmt. Zum 1. Vorsitzenden wurde R. Dierke und zum 2. Vorsitzenden Franz Hartung gewählt.

Aus den Gerichtssälen.

Schützenfest mit Schlägerei.

Im Juli vergangenen Jahres hielt der Schützenverein Parnitz sein Schützenfest ab, das einen sehr blutigen Verlauf nahm und wobei ein junger kräftiger Mann seinen Tod fand. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Körperverletzung hand der Arbeiter Gustav Meher aus Parnitz vor dem Schöffengericht in Magdeburg. Meher ist ein noch junger Mensch, der aber doch schon einige Jahre aktiv am Kriege teilgenommen hat, verwundet gewesen ist und zudem mit den Nerven zu tun hat. Meher nahm am 21. Juli mit seinem Bruder an dem Schützenfest teil und hatte sich halb betrunken. Aus dem Bruder war nicht mehr zu machen. In dieser bedauerlichen Stimmung verlangte der Bruder des Angeklagten von einem Reichswehrsoldaten, er solle abschallen und ihm das Seitengewehr geben. Der Soldat weigerte sich, ging aber keine Wege, da er merkte, daß die beiden Brüder nicht mehr „gerade Haltung“ einnehmen konnten. Der Angeklagte ließ aber den Soldaten nicht in Ruhe, folgte ihm und stellte ihn in einem Bierzelt, wo der Soldat bei den Landjägern Schutz gesucht hatte. Als der Angeklagte den Soldaten sitzen sah, ging er schrittweise auf ihn zu und „hieb ihm eine“, wie man sich im Volksmund auszudrücken pflegt. In dem Zeit vertrieb er deswegen eine berechtigten Empörung. Da aber die beiden Brüder Meher in der Trunkenheit als gefährliche Leute bekannt waren, ihr niemand ein. Der Landjäger, der dem Angeklagten wegen seines Verbalens Vorwürfe machte, wurde von ihm mit den lebenswichtigen Anordnungen „Sommerfest“ und „Kammerfund“ belegt. Troßdem jagten die anwesenden beiden Landjäger nicht ein. Der Angeklagte ging in dem Zeit auf und es, und rief den Gästen zu:

„Sagt Euch man nicht, sonst kriegt Ihr alle welche.“ Nach diesen wenig angenehmen Szenen verließ Meher das Bierzelt, ging wieder auf den Festplatz, besorgte sich eine Latte, und schlug gemeinsam mit seinem Bruder wahllos auf die Besucher des Nummernplatzes ein.

Als der Landjäger eingreifen wollte, bekam er von dem Bruder des Angeklagten mit dem Bierzeidel einen Hieb über den Kopf, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Der zweite Meher ergriff darauf den Säbel des niedergeschlagenen Landjägers und stürzte damit wieder in das Bierzelt. Hier stellten sich ihm zwei andre Landjäger entgegen, die nunmehr gezwungen waren, blant zu ziehen und gegen den Bruder des Angeklagten mit der blanken Waffe vorzugehen. Als der Angeklagte seinen Bruder in solcher Gefahr sah, sprang er zwischen die Kämpfenden, entriß dem einen Wachmeister auch noch den Säbel, so daß nun alle beide mit Säbeln bewaffnet, „den ganzen Schützenplatz leerflopften“.

Es kam aber anders. Der niedergeschlagene Wachmeister hatte sich inzwischen erholt und gab auf den Bruder des Angeklagten einen Schuß ab, der ihn sofort niederstreckte. Ob dieser Schuß nötig war, der den betrunkenen junger Menschen das Leben kostete, sei dahingestellt. In der Verhandlung wurde noch festgestellt, daß die beiden Brüder auch andre harmlose Passanten geschlagen haben, im übrigen als Menicken bekannt waren, die zeitweilen von einer unbändigen Kaufkraft befallen waren. Im übrigen sei noch bemerkt, daß der Angeklagte schon des öfteren wegen Schlägerei und Körperverletzung schwer bestraft ist. Das Gericht zog die Trunkenheit des Angeklagten strafmildernd in Betracht und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Spekulation und Kesseltanz.

Der Bankbeamte A. B. war seit längerer Zeit als Leiter der Wechsel- und Scheckabteilung einer Großbank in Magdeburg tätig. Als solcher hatte er auch die Wechselmarken unter sich. Aus dieser Position hat sich A. nach und nach etwa 3000 bis 4000 Mark angeeignet, so daß er deswegen am Sonntagabend vor Gericht stand.

In der Verhandlung gibt der Angeklagte an, durch Spekulation und durch Abschluß von Wekten auf Kesseltänzen in Schulden geraten zu sein. Seine Gläubiger drängten dauernd, und da hat er sich an dem ihm amvertrauten Gelde vergriffen. So aber festgestellt wurde, daß A. mit einem Monatsgehalt von 216 M. als unverheirateter junger Mann hätte auskommen können, verurteilte das Gericht ihn zu drei Monaten Gefängnis, dabei den Vertrauensbruch, dessen der Angeklagte sich schuldig gemacht hatte, strafschärfend ins Gewicht ziehend.

Ein über Schwiegersohn.

Es ist eine alte Weisheit, daß nicht selten die besten Freunde die ärgsten Feinde werden. Das mußte aufs neue ein alter Schäfer aus Altenweddingen erfahren, der, wie man sie sagt, in Ehren grau geworden ist und nun wegen Diebstahls zum erstenmal auf der Anklagebank eines Gerichts Platz nehmen muß. Neben ihm ist der Polizeibeamte des Dorfes, der gegen den alten Mann eine Anzeige nicht erachtet haben soll, obwohl ihm der Diebstahl gemeldet war.

Der Schäfer mit dicker Winterjoppe und Halbstuch bekleidet. Sein Bart hängt weit herunter. Er selbst macht den Eindruck eines Mannes, dem in seinem Leben die Sonne noch nie allzu hell geschienen hat. Acht Kinder hat er großgezogen. Die jüngste ist seit einiger Zeit verheiratet. Ihr Mann ist der Störenfried in der Familie, der selbst seinen alten Schwiegervater noch vor Gericht zerrt. Nun ist vor Gericht zerrt! Das Verhältnis der beiden jungen Eheleute ist kein gutes. Der Mann verprügelt seine Frau, geht mit andern Frauen durch und wundert sich außerdem noch hinterdrein, daß ihm seine Frau deswegen Vorwürfe macht. Mehrmals hat ihm seine Frau, da ein einträchtiges Zusammenleben nicht möglich war, verlassen. Immer wieder kam aber eine Verflüchtigung zustande. Bis der Vorgen eines Tages überspannt wurde. Die junge Frau hatte bei ihren Eltern wieder einmal Schutz gesucht und war nun fest entschlossen, nicht wieder zu ihrem Mann zurückzukehren. Eine Zeitslang ging das. Dann kam in dem Manne wieder die Neue. Er ging zu seinen Schwiegervater und verlangte, daß seine Frau zu ihm zurückkehre. Die Frau blieb fest. Der Mann ging zum Polizeibeamten. Der sollte vermitteln. Der Wachmeister machte den Versuch, hatte aber damit ebensowenig Erfolg wie der Mann selbst. Aus Mitleid machte der Schwiegersohn dem Polizisten die Mitteilung, daß sein Schwiegervater seinem Arbeitgeben zwei Schafe gestohlen habe.

Der Schäfer wurde vernommen. Er erklärte die Geschichte auf. Ein Bekannter hatte ihm zwei Schafe überlassen, die er mit auf die Weide nehmen sollte. Das tat er. Nach einiger Zeit wurden die Schafe wieder abgeholt. Daraus resultierte der saubere Schwiegersohn einen Diebstahl. Der Polizeibeamte machte von der Anzeige dem Oberlandjäger und auch dem angeklagten bestohlenen Gutsbesitzer Mitteilung. Der Gutsbesitzer ließ seine Schafe nachzählen, und siehe da, „es fehlte kein laures Schaf“. Bei der zweiten Vernehmung machte der Schäfer, der unbeholfen und ungebildet ist, ungenaue Angaben. Dadurch entstand die Anklage. Hinzu kam noch, daß der Eigentümer der beiden Schafe inzwischen gestorben war, so daß dessen Zeugnis gar nicht mehr verwertet werden konnte. Im so klarer eracht aber die Gerichtsverhandlung, daß der alte Schäfer schuldig ist.

Es war ersichtlich, wie dem alten Manne, dem noch kein Mensch das Geringste nachsagen konnte, die Tränen die Waden herunterließen, weil man ihn für einen Dieb hielt. Aber auch dem Polizeibeamten mußte das Gericht beistimmen, daß er darauf aus korrekt gehandelt habe. Beide Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein Fahrraddieb.

Wenn auch im allgemeinen festgestellt werden kann, daß die Fahrraddiebstähle nachgelassen haben, so verhält sich doch keine Woche, wo auf dem Gericht nicht mindestens ein Fahrraddieb abgeurteilt wird. Die Gerichte stehen dabei auf dem Standpunkt, daß Fahrraddiebstahle gemeingefährlich sind, und verhängen in den meisten Fällen ziemlich harte Strafen. Auch der schon sehr oft bestrafte Heizer Ernst Paterra bekam diese Einstellung der Gerichte zu fühlen und wanderte wegen eines Fahrraddiebstahls wieder einmal auf fünf Monate ins Gefängnis.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Eine wirklich gute Hustenmedizin helfen Sie sich aus 50 Gram ehm-
Nessoway statt, in der Apoth. 12, über: Hofapoth. Dr. Max Weg 108, re-
hiltlich: durch Apotheken mit ¼ Pfund 30c r und ½ Pfund 40c r.

Gesetzlich darf

in **MAGGI'S Originalflaschen** nichts anderes als **MAGGI'S Würze** feilgehalten werden. Beim Nachfüllen achte man deshalb darauf, daß die Würze aus der großen mit dem Namen **MAGGI** versehenen Original-Flasche gefüllt wird. Auch verlange man ausdrücklich **MAGGI'S Würze** und weise Nachahmungen zurück.



Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Kasekette der Kontrolle des Reichsanwaltes der Universität Berlin, Generalrat Professor Dr. Martin Haber, unterstellt.

Soziales.

Ein Kulturdokument.

So kann man den Brief der Betriebskrankenkasse einer Patent-Papier-Fabrik nennen, den wir in einer der letzten Nummern der D.R.K. finden. Die Papierfabrik hatte unter dem 11. Dezember 1924 einen ihrer Arbeiter bei der dortigen Allgemeinen D.R.K. angemeldet. Unter dem 13. Dezember ersucht die Allgemeine D.R.K. unter berechtigtem Hinweis auf das Bestehen der eigenen Betriebs-K.K. um eine Erklärung zu der Angelegenheit, die dann mit folgendem Schreiben kam:

Patent-Papier-Fabrik Hohenofen G. m. b. H.
Hohenofen (Dofse), den 16. Dezember 1924.

An
die Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises A. in A.
Auf Ihre Anfrage vom 13. d. M. betr. die Anmeldung des Fabrikarbeiters Gottlieb G. für die dortige Kasse erwidern wir, daß G. auf Grund eines Lungenleidens etwa 60 Prozent triebfähig ist und wir uns aus diesem Grunde überhaupt gemeldet haben; ihn einzustellen. Wenn wir G. dennoch angenommen haben, so geschah es lediglich aus Entgegenkommen für die hiesige Gemeinde, da G. andernfalls Erwerbslosenfürsorge beanspruchen hätte. Wir haben jedoch die Einstellung ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß G. einer andern Krankenkasse beitrete, da unsere Kasse dieses Risiko nicht tragen kann und wir unsererseits genügend gesunde Arbeitskräfte bekommen können. Sollten Sie also die Versicherung des G. nicht übernehmen wollen, so müßten wir ihn zu unserm Bedauern wieder entlassen, womit er dann der Gemeinde Hohenofen zur Last fiel.

Hochachtungsvoll
Patent-Papier-Fabrik Hohenofen G. m. b. H.
gez. Illig.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse antwortete wie folgt:
Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 16. 12. 24. Dieses Schreiben ist ein vollgültiger Beweis für die allgemein bekannte Tatsache, daß die Betriebskrankenkassen gesundheitlich anbrüchliche Personen möglichst nicht einstellen, daß diesen Personen damit z. T. der Arbeitsmarkt verschlossen ist und daß zum Schluß die Allgemeine Ortskrankenkasse des Bezirks für sie eintreten muß. Der von den Allgemeinen Ortskrankenkassen geforderte gesetzliche Schutz vor solchen Maßnahmen anderer Träger der Krankenversicherung ist danach nur zu sehr berechtigt. Wir werden dafür sorgen, daß Ihre Auffassung über die Aufgaben Ihrer Betriebskrankenkasse und über die der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Bezirks weitest bekannt wird. Zur Sache teilen wir mit, daß die bei unserer Kasse erhaltene Meldung, die ja gegen die Satzung Ihrer Betriebskrankenkasse verstoßt, ungültig ist.

Es bleibt Ihnen nun unbenommen, den armen Kriegsgeschädigten wieder zu entlassen. Wenn er dann schließlich doch bei unsrer Kasse zur Versicherung kommen sollte, so dürfen Sie überzeugt sein, daß wir ihm nicht nur die ihm zustehenden Krankenleistungen voll gewähren, sondern daß wir ihm auch die ihm nach dem Reichsversorgungsgesetz zustehenden Vergünstigungen (Heilfürsorge, Heilbehandlung, Heilbehandlung nach Ablauf der Krankenleistungen, soziale Fürsorge) verschaffen würden.

Weiter teilen wir Ihnen mit, daß der Bezug von Erwerbslosenfürsorge nicht, wie Sie annehmen, ein „der Gemeinde zur Last fallen“ bedeutet, sondern daß die gegen Krankheit Versicherten mit ihren Beiträgen, die sie während der Beschäftigung zur Erwerbslosenfürsorge zahlen, ein Recht auf die Leistungen dieser Einrichtung erwerben.

Der Vorstand:
H. A. gez. Nochi mi, Geschäftsführer.

Es denken und handeln hoffentlich nicht alle Betriebskrankenkassen so; aber für Versicherte und Kriegsverletzte ist der Vorteil einer großen, einheitlichen Orts- oder Bezirkskrankenkasse ersichtlich, in denen mit Hilfe der vollen Selbstverwaltung durch Arbeitgeber und Versicherte die gesunde soziale Einstellung zum Durchbruch kommt.

zwei Fabrikgebäude stark beschädigt und mehrere Häuser abgedeckt, die teilweise einstürzten. Im Hafen von Genoa mußten die Anker der Schiffe verankert werden. Die internationale Megatta konnte infolge des Sturmes nicht abgehalten werden.

Ein furchtbarer Schneesturm hat ferner über Island gewütet. Fünf Menschen sind dadurch ums Leben gekommen. Fast die gesamte internationale Fischerflotte, die sich aus mehreren hundert Schiffen zusammensetzt und in den Gewässern vor Island lag, hat sich in die isländischen Häfen geflüchtet. Zwei Fischerboote, ein englisches und ein isländisches, werden vermisst. Das isländische Inspektionschiff „Bla“ hat sich auf die Suche nach den verlorenen Schiffen in den Sturm hinausgewagt. In einem großen Teile von Japan, insbesondere in der Gegend von Gumma, welche Stadt 60 000 Einwohner zählt, ist ein heftiges Erdbeben verspürt worden; das auch in Tokio selbst wahrgenommen wurde. Menschenopfer sind bis jetzt nicht zu beklagen, sondern nur leichter Sachschaden.

Kleine Chronik.

Die letzten Toten von Bede Minister Stein geborgen. Die sechs Toten in Kios Na, die bisher noch geborgen werden mußten, sind am Montag nachmittag ebenfalls zur Erde beigesetzt. Unter großen Mühen und Opfern ist das Vergengewerk vollbracht. Ueber den Zustand der im Krankenhaus befindlichen Verletzten erzählt die Telunion, daß die Besserung im Befinden gute Fortschritte macht.

Moderne Romantik. In einem Berliner Warenhaus stellt sich beim Handschuhkauf ein eleganter Mann der hübschen Verkäuferin als Dr. hem. Nowitzki aus Petersburg, Besitzer einer großen chemischen Fabrik in Hamburg, vor. Blide stiegen. Deren fliegen — das erste Rendezvous wird verabredet, und bald läßt sich der Herr Doktor bei „Mutti“ einführen. Warum auch nicht, da er ja „reellste“ Absichten hat. Die gute Partie wird mit offenen Armen aufgenommen. Die ganze Familie einschließlich des Bruders der Braut ist entzückt. Als Morgengabe wird dem jungen Mädchen ein Auto zugewidmet. Am Hochzeitstage würde es vor der Tür stehen. Dann geht der Bräutigam mit der Braut zu einer Großbank, läßt die junge Dame ein wenig warten, verhandelt mit dem Kassierer, kommt zurück und eröffnet der Hochbeglückten, daß er ihr ein Konto eröffnet habe. „Damit du über eigenes Geld verfügen kannst.“ Im Warenhaushaus stauen die Kolleginnen, beneiden und flüstern. Heute lachen sie allerdings. Der Bräutigam muß nun schnell mal nach Hamburg fahren, da ihm aber das Parabel ausgegangen ist und die Hebräerweisung aus Südamerika allzulange auf sich warten läßt, gibt die Braut ihm 100 Mark. Eine Kleinigkeit für ihn, der Spargroschen für das Mädchen. Da das noch nicht reicht, wird die ganze Familie der Reiche nach angewandt. Nachdem diese Aktion ausgeführt ist, bequamt sich der Doktor dem, damit glühende Liebesbriefe zu schreiben. Er selbst läßt sich nicht mehr sehen. Da die Abwesenheit verdächtig wird, erfolgt — natürlich ganz gegen den Willen der Braut — Anzeige bei der Kriminalpolizei. Diese entdeckt nach einer Photographie, daß der Herr Doktor eine lange gesuchte Raubmörder, ein Landwirt namens Artur Sache sei. In einer Kasse in der Schönhauser Allee wurde der Doktor durch eine Streifenpatrouille verhaftet. Auf dem Polizeipräsidium stellt sich heraus, daß die Ähnlichkeit zwar stimmt, nicht aber die Fingerabdrücke. Der zu Tode Erschrodene ist also kein Raubmörder — immerhin aber ein Heiratschwindler. Bald erscheint auch seine Ehefrau im Präsidium, die Inskuldb ihres Mannes bezeugend. Als man die Papiere dieser Dame prüft, stellt sich heraus, daß sie gar nicht die legitime Gattin sei. Sie ist mit einem wohlhabenden Hamburger Kaufmann verheiratet und ist dem schönen Doktor ins Ungewisse gefloht. Inzwischen sitzt der Heiratschwindler — der Raubmörder wird weiter gesucht — die schöne Braut weint sich die Augen aus, und die ungetreue Hamburgerin versorgt den Geliebten mit Lebensmitteln.

Rauit im Weimarer Residenztheater. Im Weimarer Residenztheater brach, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu melden wissen, bei Beginn einer Kinder-Raummittagsvorstellung eine Panik aus. Es machte sich ein Brandgeruch bemerkbar, was einen Feuerwehmann in große Aufregung versetzte. Anstatt der Ursache nachzugehen, bräute er durch sein Vorgehen in Ruhe in die Kinder, die nun erschreckt nach den Türen drängten. Dabei wurde eine Anzahl Kinder zu Boden getreten und so erheblich verletzt, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. Es hätte zu einer Katastrophe kommen können, wenn sich die Kinder nicht trotz allem besonnen gezeigt hätten, denn keiner der Rotausgänge ließ sich sofort öffnen. Die harmlose Ursache der Panik war ein Gummi-ball, der auf einem heißen Eisen lag.

Der Schweine-„Hirt“. Ein Sittenfandl von nie dagewesenen Umfang wurde in Elberfeld bzw. in Gräfrath vor einigen Monaten aufgedeckt. Im Vordergrund steht ein vorbestraftes Subjekt namens Karl Großfortenhaus aus Gräfrath. Dieser gründete nach dem Krieg in Solingen und bald darauf auch im Wuppertal die „Auserlesene Jungensgemeinde“, auch bekannt unter dem Namen „Habe Dank, Vater“. Im Laufe der Zeit gelang es ihm, auch in andern Städten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks Schweinegemeinden zu errichten, die er als oberster „Hirt“ von Zeit zu Zeit „inspizierte“. Mitglieder dieser Zelle waren fast ausnahmslos Angehörige der ärmeren Volksschichten. Großfortenhaus, ein ganz gewöhnlicher Junge, verstand es, sich auf Kosten dieser Leute ein sorgenfreies und „liebliches“ Leben zu verschaffen, und bald mit ihm auch seine „Unterprediger“. Unter diesen Helfern befanden sich auch Jagen, „Lehrerinnen“. Derartige Sekteln bestanden oder bestehen außer in Parmen, Elberfeld und einzelnen Städten des Bergischen Landes in Essen, Düsseldorf, Pochum, Duisburg, Wuppertal, Weisel, Weisenkirchen und andern mehr. Die Gesamtzahl der Anhänger dieser Bewegung wird allgemein auf 70 000 geschätzt, beträgt in Wirklichkeit jedoch höchstens 15 bis 20 000. Als oberstes religiöses Geheiß hatte der „Oberprediger“ Großfortenhaus die These aufgestellt: Die Errettung der sündigen Menschheit kann nur durch das — Kleich erfolgen, denn — und damit zerspreute er etwa auftrübende Bedenken gegen die praktische Anwendung seiner Heilslehre —, sagte er: Dem Keinen ist alles rein, wie es ja in der Bibel heißt. Mit einer ungläublichen Gewandtheit und Verdanktheit gewann Gr. bald die sämtlichen Mitglieder der Gemeinde hier für seine schamlosen Anschauungen tierischer Sinnlichkeit, so daß den Gläubigen die ungläubliche Profanierung des Bibelwortes gar nicht auffiel und, viele von ihnen wenigstens, zu willenlosen Werkzeugen des famosen Predigers und dessen Gehilfen wurden. Die weiblichen Opfer der Begierde Gr.'s, denen er sich als „von Gott Gesandter“ ausgab, taten, was dieser nur von ihnen verlangte, entkleideten sich sogar in Masse in dessen Wohnung, wo dann die schamhaftesten Vorgänge sich abspielten. Und das alles unter dem Deckmantel der neuen „christlichen Weltanschauung“. Männer, Frauen und Mädchen standen unter dem faszinierenden Banne dieses Menschen, dem seine Gehilfen natürlich treu zur Seite standen. In nicht wiederzugebender Weise hat Gr. die in religiöser Ekstase erfolgte Eingabe seiner weiblichen Schäflein ausgenutzt, und er schaute dabei selbst die Tugend nicht. So viel bisher feilscht, ist durch dieses schamlose Treiben der falschen Propheten viel Unheil in Familien angefügt, manches Eheglück zerstört worden. Daß Gr. sich auch in äußerlich abfälliger Weise über die bürgerliche und kirchliche Ehe aussprach, ist nicht verwunderlich. — Nun sitzt der faulere Mann nebst einigen seiner Getreuen hinter Schloß und Riegel, und alle sehen einer seiner Verurteilung wegen Stillschließungsverbrechen, Kuppelerei ufm. entgegen.

Fliegendes Gold. Am Sonnabend wurde zum erstmaligen eine größere Geldsendung auf dem Luftweg befördert. Am Rad-

mittag landeten in Buzargel bei Paris vier aus London kommende Flugzeuge, die zusammen eine Ladung von 2600 Kilogramm Feingold im Werte von über 6 Millionen Goldmark bei sich führten. Das Gold ist für die Schweizer Bank bestimmt.

Explosion in Neuenhammer. Beim Reinigen der ersten Neuenhammer Erdgasquelle entstand infolge eines plötzlich auftretenden verstärkten Gasbruchs eine Explosion. Das anbrechende Feuer ergriß den Rohrturm, der vollständig niederbrannte. Durch die Explosion wurden drei Arbeiter schwer und einer leicht verletzt. Der Betrieb der Quelle wurde durch die Explosion nicht gestört.

Ein ungarischer Massenmörder.

Vor einem Jahre fuhr der Viehhändler Johann Morotza aus Kaschau in der Tschecho-slowakische nach Rumänien. Er hatte 200 000 Tschecho-kronen bei sich. Da er ungewöhnlich lange ausblieb, ließ seine Frau Nachforschungen einleiten, und schließlich fand man die verstümmelte Leiche des Viehhändlers in einem Walde nahe der tschecho-slowakisch-rumänischen Grenze. Einige Wochen nach diesem Vorfall haben Holzschläger in dem Walde, wo die Leiche des Viehhändlers aufgefunden wurde, in der Erde verscharrt den Leichnam eines 23jährigen Handlungsgehilfen aus Szatmar (Ungarn) gefunden, der vor seinem Verschwinden bei dem Kaufmann Reinitz angestellt war. Reinitz selbst hat den jungen Mann als Vermissten bei der Polizei gemeldet. Lange Zeit konnte nichts Näheres festgestellt werden, bis schließlich ein Zufall zur Entdeckung einer gefährlichen Mordserie führte.

Seit Jahren wurden in der Tschecho-slowakische falsche Banknoten umgelegt, die täuschend ähnlich nachgemacht waren und deren Erzeuger man nicht auf die Spur kommen konnte. Bis eines Tages in Miskolcz in Ungarn in der Wohnung des Gaufrerers Mikolans Reismann die Banknotenfabrik entdeckt wurde. Reismann selbst war nicht zu fassen, doch aus den vorgefundenen Briefen ging hervor, daß das Haupt der Fälscherbande der Kaufmann Jakob Reinitz in Szatmar war. Die ungarische Polizei verständigte die Behörden in Szatmar, und auf Grund der vorliegenden Beweise wurde Reinitz verhaftet.

Dann kam die große Ueberfischung. Man suchte nach den Mitschuldigen des Reinitz, die Polizei von drei Staaten fahndete nach den Banknotenfälschern, aber mit Ausnahme eines Bela Molnar, der in Budapest verhaftet wurde, konnte keiner gefast werden. Es wurde aber festgestellt, daß Reinitz an der tschecho-slowakisch-rumänischen Grenze seine Mitschuldigen, einen nach dem andern, in den Wald gelodt und dort ermordet hat. Man grub an verschiedenen Stellen des Waldes und fand in einigen Tagen nicht weniger als acht verstümmelte Leichen, die sämtlich als die in die Banknotenfälscherei verwickelten Beschuldigten agnosziert werden konnten.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung sind dann noch weitere Morde ans Tageslicht gekommen. Reinitz hat auch in Miskolcz in Ungarn vier Menschen umgebracht. In Budapest ist der Agent Karl Ruzbacher, ein Bruder des ermordeten Jozas Ruzbacher, ebenfalls sein Opfer geworden. Ingesamt wurden achtzehn Morde aufgedeckt, die alle von Reinitz verübt sein sollen. Man fand in seiner Wohnung in einem Keller viele Bekleidungsstücke, die er seinen Opfern abgenommen hatte. Er sorgte auch dafür, daß man nicht auf die Spur der Vermissten kommen konnte. So schickte er der Familie des ermordeten Ruzbacher nach Kaschau regelmäßig kleinere Dollarsummen, die er wie er borgte, von dem nach America ausgewanderten Ruzbacher für dessen Familie erhielt.

Der achtzehnjährige Mörder Reinitz ist 52 Jahre alt und Vater von acht Kindern. Im Verlaufe der Untersuchung wurde er jede Aussage und erklärte immer wieder, unschuldig zu sein. Auch seine Frau beteuert die Unschuld ihres Mannes, und das Gericht, das jetzt mit der Hauptverhandlung beginnt, wird einen schweren Stand haben, ihn des Mordes zu überführen. Denn Zeugen sind nicht vorhanden. Nur Beweise, wie die Dollarsendungen an die Familie Ruzbacher und vorgefundene Kleider der Ermordeten. Die Verhandlung wird übrigens in drei Staaten, vor drei Gerichten durchgeführt: gegen Reinitz in Szatmar, gegen Reismann in Kaschau und gegen Molnar in Budapest. Die Gerichtsschörden konnten sich in der Frage der Zuständigkeit nicht einigen, denn sowohl die Tschecho-slowakische als auch die Morde wurden auf dem Gebiet der drei Staaten ausgeführt.

Vereine und Versammlungen.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung hielt am Sonntag bei Büchsefeld eine Bezirkskonferenz ab, die sehr gut besucht war. Außer den Delegierten der einzelnen Ortsgruppen nahm auch der Bezirksleiter des Bezirks Braunschweig an der Konferenz teil. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß der Verein im Bezirk sich immer weiter ausbreitet. Mit einigen kleinen Abänderungen wurde das vom Vorstand vorgelegte Bezirksstatut angenommen. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. In Zukunft soll eine noch stärkere Propaganda innerhalb der Arbeiterparteien und Gewerkschaften vorgenommen werden, damit alle aus der Kirche Ausgeschiedenen sich dem Verein anschließen.

Innerhalb der einzelnen Ortsgruppen sind Arbeitsgemeinschaften mit den andern freigeistigen Organisationen zu bilden um mit ihnen gemeinsam die freigeistigen Ziele zu erkämpfen. Wo möglich, soll in den Ortsgruppen freigeistiger Unterricht für die Kinder eingerichtet werden. Der Film über „Feuerbestattung“ wird in nächster Zeit nochmals im Bezirk vorgeführt werden, desgleichen werden Vorträge über Freidenkertum, weltliche Schule ufm. gehalten werden. Eine Bekanntschaft der Obmänner der einzelnen Ortsgruppen soll demnächst durch die Arbeiterpresse im Bezirk erfolgen.

Kreis Konferenz des Arbeiter-Samariterbundes.

Der 19. Kreis des Arbeiter-Samariterbundes, der den Bezirk Magdeburg-Anhalt umfaßt, hielt am Sonntag den 15. Februar seine ordentliche Kreisversammlung in Magdeburg ab. Benno Niepohl konnte in seinem Geschäftsbericht bekanntgeben, daß im verflochtenen Jahre fünf neue Kolonnen ins Leben gerufen werden konnten. Von allen Seiten wird die Tätigkeit der Kolonne in den einzelnen Orten anerkannt. Wie in früheren Jahren leisteten die Kolonnen bei allen Veranstaltungen der Arbeiter-Samariter-Kolonnen bei öffentlichen Veranstaltungen hervorragende Dienste, so daß im Kreise 19 von einer erheblichen Zusammenarbeit mit Behörden gesprochen werden kann. In über 400 Fällen wurde durch Mitglieder des Arbeiter-Samariterbundes Hilfe geleistet. Die Zahl der Fälle ist auf die 15 Kolonnen verteilt. In allen Reichsbannerveranstaltungen waren die Arbeiter-Samariter beteiligt, die so zum Gelingen dieser Feiern beitrugen. Eine lebhafteste Aussprache, an der sich die Delegierten fast aller Kolonnen beteiligten, zeigte, daß in allen Orten die Arbeit Fortschritte macht. Wertvolle Anregungen wurden für die zukünftige Tätigkeit gegeben, so daß jeder Teilnehmer befriedigt vom dem Verlaufe der Tagung war. Zum Bundesstager, der Eltern in Berlin verläßt, wurden als Delegierte empfohlen die Genossen Kaufmann (Stendal), Karl Klaus (Magdeburg), Gustav Rbe (Burg). Die Urwahl findet am Sonntag den 1. März durch Stimmzettel in den einzelnen Kolonnen statt.

Der alte Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Alle Anfragen und Anforderungen, die den Kreis betreffen, sind zu richten an Wilhelm Niepohl junior, Magdeburg, Große Münzstraße 3.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Unwetter und Katastrophen.

Der Sonntag war in unserer Gegend ziemlich frühlingmäßig, anderwärts dagegen wüteten heftige Stürme. So hat in München und im bayerischen Hochwald ein Föhn gerobt, der zahlreiche Unfälle und großen Schaden verursachte. In München wurden an verschiedenen Stellen Bäume entwurzelt und zahlreiche Personen durch herabfallende Gegenstände verletzt. Großer Schaden wurde im Gebirge angerichtet, wo Zehntausende von Quadratmetern Waldbesitz niedergebrennt, viele Telephon-, Telegraphen- und Lichtleitungen zerstört, zahlreiche Häuser abgedeckt und Straßen unweegbar gemacht wurden. Besonders groß ist der Schaden im Gebiete des Walchensees und des Cibices. Eine große Feuersbrunst entstand am Sonntagabend im Chrowald, wo bis abends 1/9 Uhr fünf Häuser abgebrannt waren. Die telephonischen Verbindungen mit Chrowald und Umgebung und auch mit der Zugspitze sind unterbrochen.

Auch aus Salzburg wird gemeldet, daß sich in der dortigen Gegend ein außerordentlich heftiger Sturm entwickelte, der an verschiedenen Gebäuden Schaden anrichtete. Ein Personenzug der Salzammergutosalzbahn wurde auf der Strecke Nohel—St. Wolfgang—Strobel vom Sturm erfasst und aus dem Gleise geworfen.

Mehrere Wagen stürzten die Böschung hinunter. Dabei wurden ein Schaffner getötet, mehrere Eisenbahnangestellte und 15 Passagiere leicht verletzt. Ein an die Unfallstelle abgegangener Hilfszug mit Ärzten usw. wurde ebenfalls vom Sturm erfasst und umgeworfen. Verletzt wurde dabei niemand. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind gestört.

Ganz schlimm ist das Unwetter in der Schweiz. Seit Sonnabend toben in der ganzen nördlichen Schweiz Stürme von ungeheurer Heftigkeit. Dabei erreichte die Temperatur zeitweise eine sommerliche Höhe. In Zürich wurden 18 Grad im Schatten verzeichnet. Auf dem Vierwaldstätter See konnte die Schifffahrt nur mit größter Mühe aufrechterhalten werden. In Tessin werden Niederschläge von außerordentlicher Heftigkeit verzeichnet, so daß

die Flüsse enorm gestiegen sind. Die Gotthardbahn erleidet große Verpätung. In St. Moritz sind mehrere Meter Neuschnee gefallen. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag wurde nach starken Schneefällen die Gotthardbahn zwischen Ambri und Airolo durch eine Lawine in einer Länge von 100 Metern verschüttet. Die Verkehrsunterbrechung war jedoch Sonntag nachmittag schon wieder behoben.

Auch in Italien schneit es. Aus den oberitalienischen Voraplen wird der erste reichliche Schneefall dieses Winters und der Niedergang vieler Lawinen gemeldet. In den Vergamasser Tälern liegt der Schnee 1 Meter hoch. Aus dem Pelvino wird außergewöhnlicher Schneefall gemeldet. Auf dem Verinabaf wütet ein heftiger Schneesturm. Der Rapperefer über die Bernina nach dem Engadin ist eingestellt. Die meisten Telephonlinien nach der Schweiz und nach Frankreich sind unterbrochen. In der Ligurischen Küste hat eine Wasserhose großen Schaden angerichtet.

Ein Haus wurde weit fortgetragen und auf eine Bahnstraße geworfen, so daß der Verkehr längere Zeit gesperrt war. Die Wasserhose war von einem starken Sturm begleitet, der auf einer Strecke von etwa 100 Metern alle Telegraphen- und Telephonleitungen niederriß. Auf den Pelbern richtete der Orkan großen Schaden an. In Savona wurden

Vereins-Kalender.

Wieb nur gegen Vorauszahlung, die Seite 30 Goldschmelze, aufgenommen.

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse vom 16. Februar.

Die Dreie verteilen sich in Goldmarkt. Weizen 12.50-12.70 Tendenz fest.

Der Preis für Weisbrot.

(ausch: Verbrauchssteuer und End) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladeplatz Magdeburg...

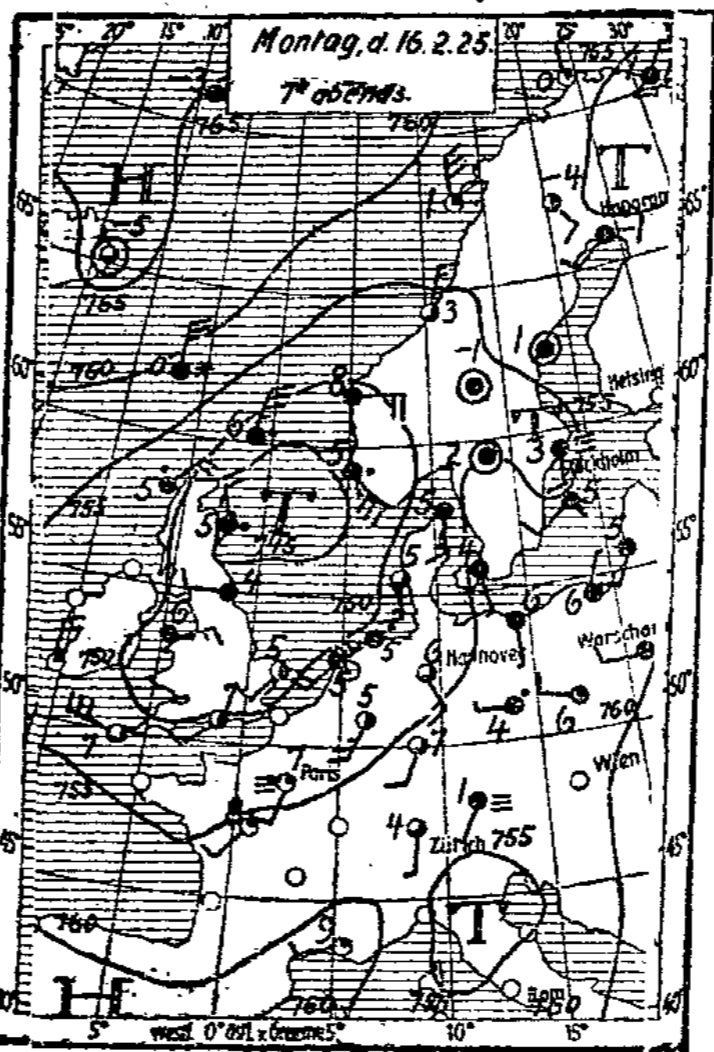
Notierungen in Kolonialwaren.

Gemäß der Verteilung an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg...

(Die Preise verstehen sich in Goldmark)

Table with multiple columns listing various goods such as flour (Weizenmehl), oil (Öl), and other commodities with their respective prices.

Wetterbericht.



ERKLÄRUNG: O wolklos, S heiter, N halbedeckt, W wolbig, R Regen, A Hagel, S Schnee, D Dunst, K Nebel, R Gewitter...

Die Druckverteilung zeigt nur wenig Änderung doch hat sich über Mitteleuropa ein Gebiet mit abnehmender Bewölkung eingestellt...

Telegraphische Auszahlungen.

Table showing telegraphic remittance rates for various locations like Amsterdam-Rotterdam, Buenos Aires, Brüssel-Antwerpen, etc.

Wasserstände.

Table listing water levels for various rivers and locations such as Dordrecht, Rotterdam, and others.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Spul- und Madenwürmer werden beseitigt durch Wurmfort. Hojapothek, Breiter Weg 158.

PETZON advertisement for shoes, featuring an illustration of a high-heeled shoe and text about leather shoes and prices.

Schmidt u. Fischer, Großstückschneider advertisement for a tailor shop.

Automobil-Gelächter advertisement for car accessories.

Elektro-Chauffeur advertisement for electric heating services.

Stellenangebote advertisement for job openings.

Tiermarkt advertisement for a livestock market.

SIL advertisement for laundry detergent, featuring a large 'SIL' logo and text about its effectiveness.

Lavalin advertisement for shoe care, featuring an illustration of a man cleaning a shoe and text about shoe maintenance.

schaffende Frau advertisement for a book series.

Gartenland, Königsborner Str. advertisement for a garden.

Größeres, leeres Zimmer advertisement for a room.

Bureau advertisement for office equipment.

Preiswerte Küchen advertisement for kitchen furniture.

Amtliche Bekanntmachungen.

Official notices from various authorities including the city of Magdeburg and other local institutions.

Standesamtliche Nachrichten.

Marriage and death notices from the civil registry office.

Margarete Göbe.

Obituary notices for Margarete Göbe and other individuals.

Arbeitsmarkt advertisement for job seekers.

Tüdt Stepperinnen advertisement for a sewing machine.

Rosenberg Möbel-Haus advertisement for a furniture store.

Ulbert Franke advertisement for a business.

Anna Flemming advertisement for a business.



Geld und Garten



Der Garten im Februar.

Im Gemüsegarten gibt es jetzt schon Arbeit, denn der Boden war bisher frostfrei und auch nicht zu naß, so daß jetzt alle Beete aufgedeckt und für die ersten Frühjahrsausläuten hergerichtet werden können. Im Februar sät man auf Beete an Gemüsen: Mohrrüben, Karotten, Petersilie, Schwarzwurzeln, Spinat, Feldsalat, Mohr, Ruff oder Speckrüben, und zu Ende des Monats auch schon die ersten Frühherbjen. Alle diese Gemüse brauchen keinen frischen Düng im Frühjahr; man hat hier zweckmäßig schon im Herbst gedüngt und gegraben, wie sich dies in einem gut bewirtschafteten Garten überhaupt gehört.

In Küchenkräutern sät man: Zwiebelkum, Dill, Fenichel, Vohrenkraut, Dost, Gartenfenchel, Fenchel, Koriander, Thymian, Rosmarin usw., pflanzt Salbei, Estragon, Pfeffer, Lavendel und andre Stauden; im Mistbeet sät man jetzt alle Frühkohlsorten, Frühkohlrabi, Frühjalat, Radishes, Sellerie und Porree, und achtet streng auf gute Lüftung und zweckmäßige Bewässerung. Man sät jetzt endlich auch alle Gartengerätstücken instand.

Im Obstgarten muß der Baumschnitt und das Auslichten der Beerensträucher beendet sein, denn die Bäume und Sträucher sind wegen des milden Winters in Saft geschossen. Auch für den Weinrebenchnitt ist es die höchste Zeit; später bluten die Reben zu stark. Pfirsiche und Aprikosen schneidet man erst im März, nachdem man das schützende Deckreisig gelöst hat.

Jetzt geht man aber im Obstgarten auch an die Schädlingsbekämpfung; es wird genug Rauwan, Läuse, Obstmaden usw. geben. Karbolium ist zur Bekämpfung auf alle Fälle zu verwenden, es ist Gift für die Bäume und für die späteren Unterkulturen. Alle eingetrockneten Pflanzungen, Kirchen, Aprikosen, Pfirsiche, Birnen und Äpfel, die sich noch im Obstgarten unter den Bäumen finden, sind zu sammeln und zu verbrennen, ebenso auch alle Fruchtstummeln, wo sie noch an den Bäumen hängen oder im Buchsbaum liegen. Diese Fruchtreste sind die Ueberwinterungsherde für Schädlinge. Ende des Februar kann man auch schon alte Obstbäume, die nicht tragen wollen, ummehren, besonders Steinobst, Kernobst hat noch Zeit bis zum März. Dann aber auch die Baumstämme säubern und nachher mit Kalkmilch anstreichen, damit die Sonnenstrahlen zurückgeworfen werden, sonst treiben die Bäume zu frühzeitig und die Blüten erfrieren.

Im Biergarten deckt man jetzt alle Zwiebelbeete auf, lockert die Erde und deckt dann mit Reisig wieder zu. Es treibt jetzt alles schon zu früh, erfriert aber bei strengen Frühjahrsfrösten. Da heißt es jetzt decken, nicht fest und dicht, wie im November, sondern leicht und locker, damit kahler Frost und Glätte keinen Schaden anrichten können. Auch alle immergrünen Gehölze deckt man am Boden jetzt noch mit Laub oder strohigem Düng ab, damit ein Spätfrost hier nicht in den Boden eindringen kann, sonst macht der Frost auch hier großen Schaden.

Die Gartenarbeit ist in jedem Frühjahr durchaus nicht immer ein und dieselbe, wer hier alljährlich nach einem Schema arbeiten wollte, würde bald ins Hintertreffen geraten. Man passe sich auch in diesem Frühjahr den gegebenen Verhältnissen an, denn einen so milden Winter haben wir seit Menschengedenken nicht gehabt. Er hat seine Vorteile, aber auch — seine Nachteile, darum: Vorsicht!

Die Wohltat der Schneedecke.

Der Nutzen der Schneedecke besteht, so lesen wir in der „Föln. Ztg.“, nicht nur in seiner wärmehaltenden Eigenschaft; er wirkt geradezu als Nährspeicher. Auch hier kann die Anreicherung von oben oder von unten kommen. Ein gedüngtes Stück Land entwickelt ja bei der Verwesung und Zerlegung außer Wärme allerlei Gase, die bei unbedecktem Boden teilweise verlorengehen. Die Schneedecke hält sie fest und führt sie mit den Schmelzwässern der Erde wieder zu. Zunächst ist die mit Hilfe von Bakterien im Boden erzeugte salpetrige Säure zu nennen, von der der Schnee nach Feststellungen französischer Forscher doppelt soviel binden kann wie der Regen. Je länger der Schnee liegt, desto mehr reichert er sich damit an, und da ähnliches auch vom Ammoniakgas gilt, so ist die Nahrungsmenge, die durch die Schneedecke dem Boden erhalten bleibt, sehr groß. Auch Kohlensäure entsteht ja in beträchtlichem Umfang im Boden und wird im Schnee aufgespeichert.

Da sich in den letzten Jahren die sichersten Beweise ergeben haben, daß die Kohlensäure geradezu als Düngemittel angesehen und als solches benutzt werden kann, liegt der Vorteil auf der Hand. Auch die Staubbakterien, die ein Schneefall mit zur Erde führt, sind in ihrer Gesamtheit sicher nicht unbeträchtlich. Bekanntlich ist die Luft niemals klarer und reiner als unmittelbar nach einem Schneegestöber; namentlich in Gegenden mit starker industrieller Tätigkeit kann man das beobachten. Vor einer Reihe von Jahren wurden die meist aus Kohlentheilchen bestehenden Schmutzmengen, die ein leichter Schneefall herabbringt für das Gebiet der Stadt Gagen in Westfalen auf 768 Zentner berechnet und ähnliche Untersuchungen, die in London angestellt wurden, ergaben den Betrag von etwa 5 Grammen verbrauchter und unverbrannter Kohle in einem Liter geschmolzenen Schnees.

Diese Zahlen zeigen auch, welche Mengen von Verunreinigungen die Luft unserer Industriestädte enthält, denn zu den Kohle- und Rußteilchen, die die Hauptmasse ausmachen, kommen noch Dämpfe von Schwefelsäure, schwef-

liger Säure, Ammoniak und andre Stoffe. Werden nach dem Schmelzen des Schnees diese Dämpfe dem Boden zugeführt, so können sie bei dessen Aufschließung lebhaft mitwirken und den Saaten so neue Nahrung zugänglich machen.

Pflanzen, die wenig empfindlich gegen Kälte sind, haben, falls der Schnee nicht allzu tief liegt, trotzdem die Möglichkeit, aus Licht zu kommen; man kann das alljährlich bei unserm Gullattich, beim Schneeglöckchen und bei andern Frühblühern beobachten, noch besser bei den die Schneedecke durchbrechenden Solanellen und andern Alpenpflanzen, die die kurze, ihnen beschiedene Vegetationszeit nach Möglichkeit auszunutzen trachten. So ist die Schneedecke kein Leidentuch, wie der hinter dem warmen Ofen hockende Dichter so gern annimmt, sondern ein Wärmespeicher und Fruchtbarkeitsbringer. Daß eine zu lange anhaltende Schneedecke auch gelegentlich Schaden bringen kann, da sie die Saaten namentliche dann zum Faulwerden veranlaßt, wenn sich auf ihr eine Eiskruste bildete, ändert an der allgemeinen Bedeutung wenig. —

Der Stickstoff im Garten.

Die Düngung mit Stickstoff hat den doppelten Zweck, die Blattbildung zu fördern und den Eiweißgehalt der Pflanzen zu erhöhen. Der Stickstoff findet sich in ungeheurer Menge in der Luft, welche zu drei Vierteln daraus besteht. Leider können ihn die meisten Pflanzen nicht direkt der Luft entnehmen; nur wenige, wie die Hülsenfrüchte und Klearten, sind dazu imstande und werden deshalb „Stickstoffsammler“ genannt. In den Erdboden gelangt ein Teil des Stickstoffes aus der Luft durch Regen und Schnee, und zwar schätzt man die so gewonnene Jahresmenge auf etwa 1½ Pfund für den Morgen. In diesen Niederschlägen ist der Stickstoff chemisch gebunden in Form von Ammoniak oder Salpeter, im Ammoniak mit Wasserstoff, im Salpeter dagegen mit Sauerstoff vereinigt.

Die 1½ Pfund Stickstoff aus den Niederschlägen sind für die meisten Bodenarten und Gewächse nicht ausreichend und müssen ergänzt werden. Zu diesem Zwecke bringt man stickstoffhaltige organische Stoffe in den Boden, wie die Pflanzen bei der Gründüngung (Lupine, Wicke, Pferdebohnen), welche untergepflügt oder untergegraben wird, oder man führt dem Boden Stalldünger, Guano und Kalkstickstoff zu, Ammoniak oder Salpeter. Die künstlichen Düngemittel werden mit der Hand ausgestreut. Wann und wie das geschieht, ist eine Wissenschaft für sich, um die man sich vor Anwendung des Stickstoffmittels kümmern muß. Gründüngung, Stalldünger, Guano und Kalkstickstoff wirken sehr langsam, da der in ihnen enthaltene Stickstoff sich erst in Salpetersäure verwandeln muß, um von den Pflanzen aufgenommen zu werden. Beim Ammoniak geschieht diese Umsehung viel schneller.

Der bekannteste Stickstoffdünger war früher der Chilisalpeter, ein Salz, bestehend aus salpetersaurem Natrium, welches die Feuchtigkeit der Luft sehr leicht anzieht. Heute ist es, vom Ausland bezogen, fast unbezahlbar. Der Salpeter ist ein direktes Nährmittel, welches sofort von den Wurzeln aufgenommen und durch die Pflanze verarbeitet werden kann. Da er sich in der Bodenfeuchtigkeit leicht löst, ist er schnell wirkend. Er hat treibende Kraft und bewirkt vor allem eine kräftige Ausbildung der krautigen Teile; die günstige Ausbildung der Stengel und Blattorgane ist aber die Vorbedingung für einen reichlichen Fruchtansatz. Damit der Salpeter nicht einseitig wirkt, wenn dem Boden Phosphorsäure, Kalk oder Kali fehlen, müssen diese Bestandteile beigegeben werden. —

Düngerbehandlung.

Der Düng darf niemals in kleinen Haufen, wie sie sich beim Aufkippen der Karre ergeben, liegenbleiben. Am besten ist es, ihn sofort gleichmäßig über die zu düngende Fläche zu verteilen und ihn möglichst bald in nütziger Tiefe unterzubringen. Bei der Lagerung an der Luft verliert er einen großen Teil seiner wertvollsten Bestandteile. Man lasse ihn deshalb auf seiner Lagerstätte in einem einzigen, großen, festgetretenen Haufen, bis man ihn braucht. Wird er in den kleinen Haufen liegen gelassen, so wird er naß und wieder trocken, bis er vollkommen ausgelaugt und ausgehörrt und seiner Nährstoffe zum Teil beraubt ist. Das sieht man auch im Felde oder in den Gärten.

In den Stellen nämlich, wo die Haufen längere Zeit lagerten, beobachtete man ein üppiges Gedeihen der Kulturpflanzen, während sie auf der übrigen Fläche hungerten. Das dunkelgrüne Aussehen bezeichnet die kreisförmigen Stellen, auf denen die Dünghaufen lagen. Sofort nach dem Herausführen breitet man ihn aus und gräbt ihn unter. Um eine gute Care des Bodens zu erzielen, den bekannten mürben, vorteilhaften Zustand, welcher nicht nur dem Gedeihen der Pflanzen, sondern auch dem schnellen, gleichmäßigen Aufgang der Saaten so günstig ist, sollte möglichst kurz vor dem Graben im Herbst und im Winter der bearbeitete Boden gleichmäßig mit Jauche begossen werden.

Das Ueberfahren mit Jauche reichert den Boden nicht nur mit Nährstoffen an, sondern begünstigt auch die Massenbildung und Maffenständigkeit der Bodenbakterien, ohne welche eine Care gar nicht möglich ist. Da nach dem Jauchen der Boden nicht wieder festgetreten wird, gibt man die Düngergüsse auf den gefrorenen Boden, am besten dann, wenn Schnee liegt. —

Behandlung von Saatkartoffeln.

Ein nicht neues, doch kaum recht gewürdigtes Mittel zur Verbesserung des Saatgutes besteht darin, die Pflanzkartoffeln, am besten gleich nach der Ernte, sonst im Frühjahr vor dem Auspflanzen, an einem luftigen nur gegen ständige Kälte geschützten Ort in dünner Schicht auszubreiten so lange liegen zu lassen, bis die Schale unter der

Einwirkung des Lichtes eine grüne, dunkle Färbung angenommen hat.

Der günstige Einfluß dieser Behandlung nicht allein auf die Gesundheit der Saatknoche selbst, sondern vor allem auf die Nachkommenschaft ist unverkennbar. Die Pflanzen zeichnen sich durch größere Widerstandsfähigkeit und kräftigeres Wachstum sowie bessere Erträge an gut entwickelten, gesunden und wohlschmeckenden Knollen aus.

Der beste Ort ist die nicht zu warm gepackte, jedoch vor Frost genügend gesicherte Erdgrube, aus welcher die Knollen im Frühjahr so zeitig wie möglich an die Luft kommen sollen. Die zum Vorkeimen bestimmten Frühkartoffeln schon im Januar.

Wer Saatkartoffeln kaufen muß, decke den Bedarf schon im Herbst gleich nach der Ernte. Dabei ist ein wichtiger Umstand zu beachten: Wer leichten, sandigen Boden hat und gehaltreiche, wohlschmeckende Frühkartoffeln ernten will, verwende nur auf schwerem Boden gewachsenes Saatgut. —

Die Hühner im Winter.

Die Hühner brauchen zur vollständigen Ernährung auch in der kalten Jahreszeit frische Pflanzenkost; nicht nur für die Eier, sondern auch zur Verbesserung des Fleisches ist solcher Zusatz zum Futter wichtig. Am einfachsten wäre es, den Hühnern Gras vorzumerkeln, das sich auch im Winter noch leidlich frisch erhält, damit allein wäre den Hühnern aber nicht gedient. Sie bevorzugen mehr Blattpflanzen, wie Salat, und vor allem lieben sie die Sprossen junger Saaten. Wer selbst selber besorgt, kann ihnen diesen Genuß leicht verschaffen, denn wenn der Herztrieb geschont wird, bedeutet das Abschneiden keinen Ernteverlust an Kornfrucht.

Aber auch der Hühnerhalter, der kein Saatsfeld besitzt, kann sich helfen. Er nimmt eine flache Holzbox, füllt sie mit guter Gartenerde und besät sie mit einem Gemenge von Hafer, Roggen und Gerste. Die Samen werden 1 bis 2 Zentimeter hoch mit loserer Erde bedeckt. Dann stellt man die Box auf oder neben den warmen Ofen, und nach zehn bis vierzehn Tagen wird das Getreide keimen und den Hühnern das ersehnte Grünfutter liefern. Es genügt, wenn sie wöchentlich zweimal davon erhalten. Praktisch ist es, mehrere solcher Boxen in Gebrauch zu nehmen, damit man dauernd versorgt ist.

Wenn diese künstliche Zucht zu viele Mühe macht, der muß sehen auf andre Weise zu Grünfutter oder zu einem Ersatz zu kommen. Im Haushalt gibt es genug Abfälle von Kohl, Salat und Rüben, auch Kartoffel- und Apfelschalen leisten gute Dienste. Nur muß man beachten, daß diese Dinge den Hühnern nicht im ganzen hingeworfen, sondern ordentlich zerleinert werden. Bei feststehenden Kohl- oder andern Blattpflanzen vermögen die Tiere sich nach Gefallen ihre Stücke abzurupfen, wie sie ihnen mündgerecht sind. Beim losen Abfall geht dies nicht, sie greifen dann die großen Blätter eine Zeitlang auf der Erde herum, bis es ihnen zu langweilig wird und sie davon ablassen, so daß das gute Grünfutter seinen Zweck verfehlt.

Die Schalen von rohen Kartoffeln, klein geschnitten, bieten ebenfalls einen guten Grünfuterersatz; sie sind besser roh als gekocht zu geben, da sich beim Kochen die anhaftende Stärke auflöst und nur ein gehaltloser Lappen zurückbleibt. Die von den verschiedenen Kohlarten übrigbleibenden Strünke werden auch gern genommen, nur müssen sie der Länge nach durchgeschnitten werden, damit die Tiere den zarten saftigen Inhalt aus der harten Schale herauspicken können. Rüben werden ebenfalls gespart und auf einem Brett befestigt. Die innere Seite nach oben. Die Hühner finden sie fauber aus. —

Einige Altersmerkmale bei Hausgeflügel.

Beim Ankauf von Geflügel spielt natürlich auch die Frage nach dem Alter eine große Rolle. Dessen Bestimmung zu erleichtern, seien folgende Merkmale bekanntgegeben:

Zur Beurteilung des Alters der Tauben kann für jüngere Tiere die Blässe der Hautfarbe herangezogen werden. Auf junge Tauben deuten auch glatte geschlossene Füße sowie die langen, gelblichen Flaumfedern, die im Gefieder eingestreut ruhen. Zeigt die durch die Haut hindurchschimmernde Brustmuskulatur eine weiße Farbe, so hat man ein junges Tier vor sich. Bei älteren Tieren ist diese Muskulatur bläulichrot bis blaurot. Bei einer alten, bereits ausfliegenden Taube sind die Füße von roter Färbung, auch sind keine Flaumfedern mehr vorhanden.

Die Merkmale einer alten Gans sind mannigfache und bestehen in der rauhen Füße, in der Stärke des Schnabels, der Reinheit der Federn und der Stärke der Flügel, war vornehmlich von den Flügelstücken gilt. Weiter läßt sich das Alter der Gans durch folgendes Merkmal beurteilen. Im Rücken des Gansgefieders befinden sich neben den größten Schwungfedern zwei kleine, spitze und harte Federchen, die äußerst festliegen. Bei der größeren von ihnen tritt nach Ablauf des ersten Jahres eine kleine Rinne auf, die einer dreieckigen Einkerbung gleicht. Mit jedem Jahr vermehren sich diese Kerben um eine.

Für die Enten gelten zur Altersbestimmung die gleichen Merkmale wie bei den Gänsen. Bei der Ente kann man weiter zur Beurteilung mit heranziehen, daß der Schnabel im Verhältnis zur Breite des Kopfes bei einer jungen Ente erheblich länger als bei einer alten Ente ist.

Bei der Truthenne kennzeichnen rauhe Schuppen an den Füßen und lange starke Krallen das Tier als alt. Auch Schwielen an den Sohlen weisen auf ein altes Tier hin. Für ein junges Truthuhn gilt hinsichtlich aller dieser Merkmale das gerade Gegenteil. Das Gefieder kennzeichnet einen Truthahn dann als alt, wenn eine lange Barttaube vorhanden ist, die bei dem jungen Truthahn fehlt. Mit 2½ bis 3 Monaten entwickeln sich die wien Fleischklappen am Kopfe, während sich die Borstenbüschel auf der Brust im 7. bis 8. Monat einstellen. In der Regel behalten die Füße bis zum zweiten Jahre ihre schwarze Farbe, die im zweiten bis dritten ins Rosenrote wechselt. Von dritten bis vierten Jahre wandelt sich die Farbe ins Graurosenrote, um dann in den folgenden Jahren immer mehr zu verblassen.

Bei Gänzen aller Arten, auch der Haushühner, gibt die Entwicklung des Schnabels einen Anhaltspunkt für das Alter. —

Die anlässlich des Bühnenballs in der

Modenschau

gezeigten Frühjahrs-Neuheiten, Ball- und Gesellschafts-Toiletten, Hüte etc. stellen wir täglich wechselnd in unsern Schaufenstern aus und bitten um gefällige Besichtigung. —

LANGE-MÜNZER

Breiter Weg 51/52.

Ich habe eine glänzende Idee.



wie man in der jetzigen Zeit spart, ohne seine Gewohnheiten zu ändern und ohne sich einzuschränken.

Wenn Sie Ihr Leben gemütlicher gestalten wollen, dann beachten Sie mein Erscheinen genau. Das Nächstmal stelle ich mich Ihnen vor.

Auf Wiedersehn!

Voranzeige!

Herrenkrug

Wiener Wäschermädel-Ball

Dienstag den 24. Februar

Alles Nähere siehe Plakat-Säulen und in den nächsten Inseraten

FEBRUAR 28 Tage

1925							1925						
Februar							März						
S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14	8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21	15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28	22	23	24	25	26	27	28
							29	30	31				

Fastnacht-Dienstag

Circus Straßburger

Tägl. 7 1/2 Uhr abds.



Par l'Original DIAVOLO

und die weiteren Sensationen!

Ben e Mittwoch auch 3 1/2 Uhr, Kinder und Erwachsene heute nachmittag halbe Preise.

Probe und Tierchau täglich 10 bis 1 Uhr.

Vorverkauf: Verkehrsverein und Circuskasse.

Voranzeige!

Herrenkrug

Wiener Wäschermädel-Ball

Dienstag den 24. Februar

Alles Nähere siehe Plakat-Säulen und in den nächsten Inseraten.

Zentral-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr

Zigeunerbaron

Musik von Johann Strauß.

Der beliebteste Operettentenor

Oskar Neruda

als Gast in der Titelpartie.

Freitag den 20. Februar

25. Jubiläums-Aufführung

VON

Zigeunerbaron

Siebenbürtiger Kartenvorverkauf an der Theaterkasse und an den nächsten Vorverkaufsstellen 224

Kristall-Palast-Redoute kehrt darf man nicht vergessen!

Stadttheater

Mittwoch den 18. Februar

2. Anrechtsabend

Anfang 7 Uhr Ende 10 1/2 Uhr

Lohengrin.

Rom. Oper von W. Wagner

Donnerstag den 19. Februar

Anf. 7 1/2 Uhr 4. Abend Ende 10 1/2 Uhr

Der Brand im Opernhaus

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellung!

Samstag den 22. Februar

Anfang 8 Uhr Ende 10 1/2 Uhr

Heimliche Brautfahrt

Kulspiel von Leo Berg.

Mittwoch den 18. Februar, Anf. 8 Uhr

Borft. t. d. Gei. f. Theater und Kunst

Der Brand im Opernhaus. Eine pikante Komödie von Georg Kaiser.

Auf, auf

am Donnerstag den 19. Februar ab 7 Uhr

Werderschlößchen-Redoute

Mittelstraße 9b. Halbeschele Platz 8.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Maßengarderobe ist im Lokal zu haben.

Ergebenst ladet ein Richard Schröder.

Restaurant Otto Wolters

Wilhelmsstr., jetzige Kaiserstr. 18

2. Stock, vom Bahnh. Telefon 1134.

Mittagsessen ab 12 Uhr 30 L.S.

Zentralverband d. Hotel-, Rest- u. Café-Angestellten

Anker diesjähriges

Stiftungsfest

findet am Mittwoch, 18. Februar, abends 8 Uhr, im Hohenzollernpark, St. Diederichs Straße, statt.

Der Vorstand.

Spar- und Bauverein

E. G. m. B.

Am Donnerstag den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Verlosung der Schwanenstraße im „Rittergärtchen“, Kruppstraße Nr. 9, 1. Stock.

Im Donnerstag den 19. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr

Große Pfand-Auktion

Leihhaus Concord Döring

Neudorfer-Straße 5, St. Michaelstraße 5.

Windjacken

zum Reichsbannertag!

Beste Verarbeitung, watterfest imprägniert, in großen Mengen bei möglichst geschlossenen Bestellungen, die bis Donnerstag mittag erfolgen, zum Freitag bzw. Sonnabend preiswert gegen Zahlungserleichterung lieferbar.

G. Ungnade

Prälatenstr. 13 — Fernruf 7603

Palast-Theater Burg.

Am Dienstag das überlieferte Ufa-Programm

D-Zug des Grauens

Bestes Schreckensspiel in 6 Akten von der berühmten Spannung.

Der gefändete Seehund

Schiller's Scherz in 6 Akten mit einem besterben 5 Akten in der Fiktion.

Die heulig-Weche

Sten's neue Tage

Die Besetzung:

Garagan, der Demütige und die Sängerin.

Die ideale Frau der Welt, mit der Party in der Fiktion.

Libelle

Neue Vorträge

der glänzenden Februar-Kunstler.

Fürstenhof

Die gute Küche!

Billige Preise — Beste Zubereitung.

Arkadia

8 Uhr Die lustigen 8 Uhr

Fritz-Weber-Sänger

Nur kurzes Gastspiel. Kommen Sie bald! Das Programm ist recht lustig!

10prozentige Rabattwoche!

Nur noch bis Sonnabend

gebe ich auf meine bekannt billigen Preise einen Extra-Rabatt von 10 Prozent.

Machen Sie bitte von dieser Sondervergütung weitgehendsten Gebrauch.

Kaufhaus Schetzer

Jakobstraße 8, Ecke Petersberg.